

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Frei“ mit „Geld- und Kleingarten“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenbeilage Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigebrette:

Die einseitige Sonntagsbeilage 10 Pfennig, Restamtszeit 4. Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das Leihdrucke Wort 20 Pfennig

Abonnenten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 30. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die deutschnationale Parteikrise.

Die Opposition gegen den „Landesverrat“.

Am Samstag hat der deutschnationale Parteivorstand beschlossen, die Politik des Reichsaußenministers Dr. Stresemann weiterhin zu unterstützen, d. h. entsprechend dem Dawes-Plan Erfüllungspolitik zu treiben und mit Frankreich ein Sicherheitsbündnis unter Verzicht auf Elsass-Lothringen für alle Zeit zu schließen.

- 1. Restlose Ablehnung der Militärkontrollnote. 2. Verweigerung des Eintritts in den Völkerbund, der uns zum Tummelplatz französischer Soldateska macht. 3. Einlösung des Versprechens der Reichsregierung, die Schuldlage des § 231 zu beseitigen und damit der gerechten Forderung dieses „Vertrages“ freie Bahn zu schaffen.

Bekcheiden geworden.

Die „Nationalpost“ ist ent schlafen. Geschäftsführer und Herausgeber haben gegenseitig Strafanträge gestellt. Es sinkt die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit der Hinterlassenschaft.

Vor dem Beginn der Ruhräumung.

Paris, 29. Juni. (E.P.) Der „Paris Soir“ teilt mit, daß die Aäumung der Ruhr keiner neuen diplomatischen Modalitäten mehr bedarf, sondern daß sie jetzt lediglich noch von den militärischen Instruktionen des Kriegsministeriums abhängt.

Pétain in Koblenz.

Paris, 29. Juni. (W.Z.) Die „Havas“ berichtet, ist Marschall Pétain auf seiner Inspektionsreise heute in Koblenz eingetroffen.

Die neue Luftfahrtnote. Erleichterungen oder Verschärfungen?

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die „Information“ meldet, daß Frankreich seine Zustimmung zu den dieser Tage von der Boichastertkonferenz beschlossenen und der deutschen Regierung in einer Note zur Kenntnis gebrachten „Erleichterungen“ auf dem Gebiete des deutschen Flugzeugbaues und Luftschiffahrtswesens davon abhängig gemacht hat, daß die deutsche Regierung den französischen Zinsen Paris-Brag-Konstantinopel die bisher verweigerte Erlaubnis zur Heberfliegung deutschen Gebietes erteilt.

Vorgänge nähere Auskunft zu erteilen. Es kommt darauf an, mit allen Mitteln die Belange der Deutschnationalen Volkspartei vor weiterem Schaden zu bewahren. Der „Vorwärts“ und mit ihm die ganze Schar der großen und kleinen Judenblätter wittern Morgenluft und versuchen diese bedauerliche Tatsache für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen.

Demgegenüber gilt es erst recht zusammenzuziehen und mit aller Kraft den Kampf gegen die übermütigen roten und rosa roten in Berlin aufzunehmen. Dies ist nur möglich, wenn wir so schnell wie möglich uns wieder ein Organ schaffen, durch das wir unsere Gedanken wie bisher in jedes einzelne deutschnationale Herz tragen können.

Die Berliner Deutschnationalen haben durch Eingang der „Nationalpost“ eine Bataille verloren. Sorgen wir, daß unsere Sache keinen bleibenden Schaden nimmt.

Die stärkste Regierungspartei wird in Berlin durch ein zweimal im Monat erscheinendes Nachrichtenblatt journalistisch vertreten. Zweimal im Monat werden die Berliner Deutschnationalen in 50 Zeilen über die politischen Vorgänge informiert.

Aber was ist mit der „Deutschnationalen Tagespost“, die sich selbst als die offizielle Nachrichtenfolgerin der „Nationalpost“ bezeichnet? Ist sie ein Privatunternehmen des Herrn Laverrenz? Will er mit ihr neue geschäftliche Vorhaben pflegen? Auch die „Deutschnationale Tagespost“ rief dringend nach Geld.

Umweg Basel-Jürich machen mußten, künftig wieder ihren Weg über Straßburg-Nürnberg nehmen können.

Hierzu meldet W.Z.: Wie wir erfahren, wird der Reichsverkehrsminister zur Erörterung der Note der Boichastertkonferenz, die neue Beschränkungen des deutschen Luftfahrzeugbaues fordert, den Beirat für das Luftfahrwesen in den nächsten Tagen einberufen.

Die neuen Beschränkungen erhalten neben den Begriffsbestimmungen von 1922, die mit der Begründung, zivile und militärische Luftfahrzeuge zu unterscheiden, in Wirklichkeit die deutsche Handelsluftschiffahrt beschränken, u. a. die Forderung, auch die Zahl der Luftfahrzeuge, Motoren und Ersatzteile feststellen zu können.

Die Liberalen gegen den Faschismus.

Rom, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat der Liberalen Partei, der seit Sonntag in Rom tagte, beendete am Montag seine Beratungen. In einer scharfen Entschließung wird das faschistische System verworfen. Die Resolution weist die faschistische Gesetzgebung zurück, macht auf das schwindende Prestige Italiens im Auslande aufmerksam, fordert die Wiederherstellung der Presse- und Koalitionsfreiheit und verweist schließlich auf die fortgeschrittenen Verletzungen des Briefgeheimnisses.

Auch die Faschisten „reinigen“.

Rom, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Legion faschistischer Witz in Rom soll nach Blättermeldungen am 1. Juli aufgelöst und am 12. Juli wieder neu zusammengesetzt werden. Bis dahin soll jedes einzelne Mitglied auf seine politische Tauglichkeit hin geprüft werden. Diese Meldung wird von der Presse natürlich ohne Kommentar wiedergegeben.

Lehren einer „Ausperrung“.

Die Vorgänge in der Holzindustrie.

Das Ergebnis der Ausperrung in der Holzindustrie, worüber unsere Leser im gewerkschaftlichen Teil nähere Daten finden, ist nicht so sehr eine Niederlage der Arbeitgeber der Holzindustrie, als vielmehr eine Niederlage der Politik, die seit Jahr und Tag von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hartnäckig betrieben wird.

Der Zeitgedanke dieser Politik, soweit von Gedanken hier noch gesprochen werden darf, ist eine Art Dogma, wonach unsere Wirtschaft nur dann blühen und gedeihen könne, wenn die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes, d. h. die Arbeiter, Angestellten und Beamten, bei niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit ein Elendsdasein führt.

Dieser Widerspruch in sich selbst erklärt sich sehr einfach aus der Ueberheblichkeit, die die Führer der Arbeitgeberorganisationen befeilt. Für sie ist die Wirtschaft nicht die Gemeinschaft des ganzen Volkes, die sie mit ihren Redensarten zu propagieren belieben, sondern die dünne Schicht der Großaktionäre der Konzerne und ihrer nächsten Trabanten im Unternehmerlager.

Es ist vollständig zwecklos, den Mitgliedern dieser dünnen Oberschicht klar machen zu wollen, daß die Wirtschaft eines Landes nicht als blühend angesehen werden kann, wenn 90 Proz. desselben Volkes im Elend leben, nur ein Viertel der Lebensgüter genießen können, die die arbeitenden Schichten eines anderen Landes genießen. Es ist ebenso zwecklos, dieser dünnen Oberschicht erklären zu wollen, daß die Leistungsfähigkeit einer Industrie nicht identisch ist mit langer Arbeitszeit, ja bei langer Arbeitszeit gar nicht möglich ist, sondern daß vielmehr die fortgesetzte Durchorganisation und technische Vervollkommnung der Betriebe, die Standardisierung und Typisierung der Produktion die Grundlagen der Leistungssteigerung sind.

Selbstverständlich wissen die leitenden Köpfe im Reichsverband der Deutschen Industrie und in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ganz genau, daß nur auf diesem Wege die Produktivität der deutschen Industrie gehoben werden kann. Aber die Herren von der Vereinigung und vom Reichsverband denken nicht als Wirtschaftler, sie denken bestenfalls nur als Geschäftsleute. Wo sie Wirtschaftler sein sollten, sind sie Politiker.

So wie der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist, so ist auch die Wirtschafts- und Lohn- und Produktionspolitik der Vereinigung eine durchaus parteipolitisch deutschnationale. Es ist gar kein Zufall, sondern nur eine Selbstverständlichkeit, daß z. B. kürzlich in einer Sonderbeilage des offiziellen Organs der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände als Ausdruck der offiziellen Ansicht der Vereinigung ein Zeitungsartikel abgedruckt war, der vorher in einer deutschnationalen Zeitung erschienen ist.

Die Wirtschaftspolitik der Deutschnationalen lenkt man. Soweit es sich um Arbeiterpolitik handelt, braucht man nur nach Ostpreußen, dem Ursprungsland der Deutschnationalen zu gehen und sich die Arbeitsbedingungen der ostpreußischen Landarbeiter näher anzusehen. Stundenlöhne von 20 Pf. sind an der Tagesordnung, von der Arbeitszeit gar nicht zu reden. Durch diese Politik ist schließlich ein ungeheurer Arbeitermangel eingetreten, dem man so gut und so schlecht es gehen mag, durch Importierung von polnischen Landarbeitern zu begegnen sucht. Das ist die „nationale“ Politik der sogenannten Deutschnationalen.

Ihre Wirtschaftspolitik im Verkehr mit anderen Ländern ergänt diese Politik gegen die eigenen Volksgenossen in harmonischer Weise. Sie ist mit dem einen Wort Hochschulzölle gekennzeichnet.

Man sehe sich unvoreingenommen und aufmerksam die Rundschreiben, Rundgebungen und Eingaben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände einmal an, die insbesondere seit etwa zwei Jahren die Politik der Vereinigung kundtun. Es ist mit einer industriellen Verbrämung und einer scheinwissenschaftlichen Lüge diese rückständige Politik der ostpreußischen Krautjunker, die man heute noch auf den großen Gütern Hinterpommerns und Ostpreußens antreffen kann.

Mit dieser in jeder Beziehung reaktionären Politik will man den wirtschaftlichen Notwendigkeiten beikommen, dem kein Land und kein Volk ausweichen kann, das in dem Konkurrenzkampf des Weltmarktes bestehen will. Und Deutschland muß hinaus auf den Weltmarkt und darf deshalb in diesem Konkurrenzkampf nicht unterliegen.

Wie aber soll es diesen Kampf bestehen, wenn seine Unternehmer sich unter die Führung deutschnationaler Reaktionäre begeben, deren Wirtschaftspolitik sich erschöpft in einem erschöpfenden Kampfe gegen den Aufstieg des arbeitenden deutschen Volkes.

Während das deutsche Unternehmertum derart unter der Führung deutschnationaler Ritter von der traurigen Gestalt eines Windmühlentkämpfers ausficht, arbeiten die Unternehmer

Amerikas, Englands, Frankreichs fieberhaft an der Verbesserung der Arbeitsmethoden. In Deutschland aber führt man erbitterte Kämpfe um den Achtstundentag, um einige Pfennige Lohnerhöhung, und glaubt damit — oder vielleicht glaubt man es nicht einmal — die technische Überlegenheit einzuholen, die unsere Konkurrenten im Auslande voraus haben.

Typisch für dieses Vorgehen ist u. a., daß der Verein Berliner Metallindustrieller, dessen Vorsitzender zugleich Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber ist, vor einigen Tagen die Erklärung abgab, daß er sich einem vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht unterwerfen werde, weil dieser Schiedsspruch den Angestellten der Berliner Metallindustrie, d. h. den Technikern, Ingenieuren, Werkmeistern und Bureauangestellten eine fünfprozentige Erhöhung auf Gehälter zusprach, die etwa den dritten Teil eines amerikanischen Arbeiterlohnes betragen.

Mit dieser Borniertheit, die den Köpfen der Industrie die Existenzmöglichkeit verweigert und dabei mit brutaler Rücksichtslosigkeit selbst gegen den Staat und das Gesetz vorgeht, mit dieser selben Borniertheit hat man die Parole ausgegeben: Herunter mit den Löhnen. Die Holzarbeiter sollten das erste Objekt dieser großen Kampagne werden, die den Herren aus bekannten Gründen bei der Masse der mittleren und unteren Beamten und der Eisenbahner mühelos gescheitert ist. Der ganze Apparat der Vereinigung und des Reichsverbandes wurde in Bewegung gesetzt, um diesen Kampf gegen die Holzarbeiter siegreich zu beenden.

Die Herrschaften haben sich verrechnet. Sie haben zunächst vergessen, daß wir uns nicht mehr in den Zeiten der Inflation befinden. Sie haben übersehen, daß das, was gegenwärtig ihre Schwäche ausmacht, die Stärke der Arbeiterklasse bedeutet. Die Deflationstrategie, die selbst die größten Konzerne in ihrer Existenz bedroht, schwächt sie in ihrer Widerstandskraft gegenüber der Arbeiterklasse. Während der Inflation mochte es den Unternehmungen verhältnismäßig wenig ausmachen, ob sie ihre Lieferungen verzögern mußten, ihre Zahlungen zu einem späteren Termin vornahmen. Das konnte unter Umständen sogar noch einbarer Gewinn sein.

Heute ist das anders. Wir fügen hinzu, daß es nicht nur heute, sondern in aller Zukunft anders sein wird. Gewiß wird es Zeiten der Krise und Zeiten der Hochkonjunktur geben. Aber es wird nicht wieder die Zeiten geben, wo man große Unternehmungen für einen Pappenstiel aufkaufen und die Arbeiter mit einem täglichen Brotgeld abspesen kann. Die Unternehmer dürfen auch nicht vergessen, daß trotz der schweren Verluste während der Inflation, trotz aller kommunikativen Zersplitterung die Gewerkschaften heute mehr als doppelt so stark sind als sie vor dem Kriege waren.

Ueber die Bedeutung dieser Dinge haben sie jetzt nach der schweren Niederlage, die sie im Kampf gegen die Holzarbeiter erlitten haben, Anlaß und Zeit, nachzudenken. Die Unternehmer der Holzindustrie, das muß man ihnen immerhin lassen, haben schnell umgelernt. Als sie sahen, in welchem Abgrund die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und die leitenden Köpfe des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie, die unter dem Kommando der Vereinigung standen, die Holzindustrie zu führen im Begriff waren, haben sie die Aussperrungsmaschine auf dem schnellsten Wege abgebaut. Sie haben sich dann mit dem Deutschen Holzarbeiterverband an den Beratungen beteiligt und auch schließlich verständigt. Wir wünschen den deutschen Unternehmern, daß sie aus diesen Tatsachen und aus diesem Beispiel etwas lernen.

Graf Hugo von Lerchenfeld ist im 82. Lebensjahre in Köfing gestorben. Graf Lerchenfeld hat Bayern 38 Jahre lang in Berlin vertreten.

Wahlisch, der 59jährige süßlamische Premierminister, geht zur Kur nach Bichy (Frankreich). Drei Minister vertreten ihn. Die Radikale Partei ist jetzt endlich anerkannt, nachdem sie sich dem Regierungsdruck gefügt hat, ohne daß jedoch ihre Führer aus dem Gefängnis entlassen worden wären.

„Ketter“ in Not.

Sie können die Wahrheit nicht hören.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist auf den absurden Gedanken verfallen, daß wir den Boden für eine Regierungskrise reif machen wollten. Wir haben am Sonntag den politischen und moralischen Bankrott der Deutschnationalen und ihre innere Verwirrung etwas beleuchtet. Die Wahrheit tut den Deutschnationalen weh, und deshalb zetert die „Kreuz-Zeitung“ über Hege:

„Gleichzeitig aber hat die Hege ein politisches Ziel. Man sucht den Boden für eine Regierungskrise reif zu machen und treibt deshalb einen gegen den anderen, sucht Zwiespalt in den Reihen der Deutschnationalen zu säen und möchte die anderen Parteien, die mit ihnen in der Regierung sitzen, gegen sie auf- und von ihnen abbringen. Offenbar hält die Sozialdemokratie die außenpolitische Lage für reif genug, um den Versuch einer Sprengung der Reichsregierung zu machen. Aber auch darin wird sie wenig Glück haben. Ihre verlogenen Angriffe gegen die Deutschnationalen sind in ihrem wahren Charakter zu deutlich erkennbar, als daß sie nur bei einem politisch denkenden Menschen verfangen könnten. Gerade, wie die Dinge jetzt liegen, ist es dringend notwendig, daß der deutschnationale Einfluß in der Regierung gewahrt bleibt. Die Ziele, die die Rechte heute durchzusetzen hat, sind nur zu erreichen durch zähes Festhalten der Richtung des einmal eingeschlagenen Weges, und es ist gar kein Gedanke, daß sich die Politik der Deutschnationalen Volkspartei in nächster Zukunft auch nur im geringsten ändern werde. Deshalb sollte man endlich mit der Kolportage von Krisengerüchten aufhören.“

Kolportage von Krisengerüchten: Die „Deutsche Zeitung“ und „Lokal-Anzeiger“ betreiben. Sie wollten die Reichsregierung sprengen, weil sie „die außenpolitische Lage für reif genug“ hielten.

Zwiespalt in den Reihen der Deutschnationalen säen: das befolgen die Deutschnationalen selber sehr gründlich: siehe Aufwertungsfrage, Affäre Laverenz-Rentsch, „Nationalpost“, Beschluß mehrerer großer Landesverbände der Deutschnationalen Partei gegen die Außenpolitik, für die deutschnationale Minister mit verantwortlich sind, siehe Herzigs Ausruf, daß kein deutschnationaler Abgeordneter sich mehr in eine Mitgliederversammlung getraut.

Wenn das von Herrn Arnold Reehberg sanierte Organ schwört, daß die glorreiche Taktik der Deutschnationalen fortgesetzt werden soll — nur zu. Daß die Deutschnationalen „in nächster Zukunft“ in der Regierung bleiben wollen, ist selbstverständlich. Sie können doch die Agrarzölle nicht preisgeben. Bis zum Termin der Entscheidung darüber müssen die Deutschnationalen schon bleiben, was sie jetzt sind: verunglückte „Ketter“ in eigener schwerer Not.

Gegen die Wucherzölle.

Protest des Bezirks Hamburg-Nordwest.

Cuxhaven, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag des Bezirks Hamburg-Nordwest nahm nach einem Referat des Genossen Hermann Müller folgende Entschliessung an:

„Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Hamburg-Nordwest erhebt als Vertretung der weitaustrücksten politischen Partei in den großen Industrie- und Handelszentren an der Wasserkante sowie des weiten rein ländlichen Gebiets zwischen Elbe und Weser den allerhöchsten Protest gegen die völk- und wirtschaftsschädigenden Wucherzölle.“

Die von der Reichsregierung beabsichtigte Wiedereinführung von Agrarzölle bringt keinen Schutz für die deutsche Landwirtschaft, weil keine erdrückende Konkurrenz der früheren Riesenexportländer Rußland und Amerika zu verzeichnen ist. Die Agrarzölle sind vielmehr in Wirklichkeit reine Finanzzölle, um die Taschen des Reichs, insbesondere aber die Taschen der Großagrarier auf Kosten der Armen zu füllen und um die außerdem durch das System der Einfuhrschemie begünstigten Großagrarier zu bewegen, die große Zahl der

kleinen und mittleren Landwirte zu betören, damit die geforderten Hochschutzzölle für die Schwerindustrie zur Annahme gelangen. Der Bezirksparteitag bringt zum Ausdruck, daß die jetzt schon herrschende Teuerung durch die Agrar- und Industriezölle zur Unmöglichkeit gesteigert wird und den breiten Massen der Verbraucher in Stadt und Land die schwersten Entbehrungen aufzuzwingen werden, damit eine Handvoll Großagrarier und Schwerindustrieller mühelos riesige Gewinne einsteckt. Dieser Zustand ist um so empörender, als die Ärmsten der Armen am allerhäufigsten von den Zöllen betroffen werden. Das vermehrte Elend der Millionen von Volksgenossen wird zur Anhäufung neuer Reichtümer in den Händen einiger Großkapitalisten in Industrie und Landwirtschaft und führt obendrein zu neuen Gefahren für den Frieden der Welt. Aus allen diesen Gründen fordert der Bezirksparteitag vom Reichstag die Ablehnung der Hochschutzzölle und die Fortsetzung einer handelsvertragspolitisch der gegenseitigen Verständigung. Der Bezirksparteitag ruft die Parteigenossen in Stadt und Land auf, mit aller Energie den Kampf gegen die Wucherzölle sowie gegen die arbeit- und volksfeindliche Politik des Reichstags aufzunehmen.“

Die Entschliessung wurde einstimmig angenommen. Ferner sprach der Regierungspräsident Genosse Krüger-Lüneburg ausführlich über Sozialdemokratie, Landwirtschaft und Agrarpolitik.

Dr. Franks Antrittsrede.

Die Gemeinsamkeit des Reichs und Deutschösterreichs.

Unmittelbar nach dem neuen amerikanischen Botschafter Schurman hat der neue österreichische Botschafter Dr. Frank gestern vormittag dem Reichspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Botschafter Dr. Frank richtete dabei an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der es u. a. hieß:

„Mit staunender Bewunderung verfolgen wir in Oesterreich die ungeheuren und erfolgverheißenden Anstrengungen des deutschen Volkes, durch rastlose Arbeit weitzumachen, was ihm ein schlimmes Geschick an Schwermel aufgebürdet hat. Die ungebrochene Lebenskraft des deutschen Volkes, die sich hierin äußert, ist ein Trost in unserem eigenen Ungemach und Ansporn für die Aufgaben, welche die Gegenwart uns stellt.“

Die Deutschen Oesterreichs sind überzeugt, daß das lebendige Bewußtsein gemeinsam vollbrachter Leistungen und unsterblicher Errineren an Jahrhunderte gemeinsam erlebter Schicksale den

geistigen Inhalt des Begriffes Nation bildet. Diese Gemeinsamkeit muß trotz der im vorigen Jahrhundert erfolgten politischen Abtrennung des deutschen Volksstammes in Oesterreich nicht nur erhalten werden, sie soll vielmehr auf allen Gebieten menschlichen Tuns reichste Früchte tragen und so stets von neuem zu beglückender lebendiger Wahrheit werden. In der Mitarbeit zur Erreichung dieses Zieles erblicke ich meine vornehmste Aufgabe.“

Der Reichspräsident erwiderte u. a.: „Die herzlichen Worte, die Sie im Namen des Herrn Bundespräsidenten und des österreichischen Volkes an mich und an das deutsche Volk gerichtet haben, finden hier dankbaren Widerhall. Mit großer Anteilnahme bilden wir auf den Freund und Nachbarn, der mit unerschütterlichem Lebensmut und zähem Arbeitswillen den Schwierigkeiten trotzt, die sich dem Wiederaufbau seiner Heimat entgegenstellen. Die hohen Eigenschaften des Geistes und des Herzens, die Oesterreichs Volk von jeher auszeichnen, berechtigen uns zu der festen Zuversicht, daß die guten Wünsche, die ich und das deutsche Volk für die Zukunft Oesterreichs hegen, in Erfüllung gehen.“

Das in dem Herzen jedes Deutschen beiderseits unserer politischen Grenzlinie verankerte Gemeinschaftsgefühl bildet ein unzerstörbares Band und ein weisvolles Gut, das sich — das ist auch mein aufrichtiger Wunsch — auf allen Lebensgebieten in gemeinsamer Arbeit auswirken möge. Seien Sie versichert, daß Sie bei dieser gemeinsamen Arbeit rüchloslos auf meine und der Reichsregierung Förderung und Unterstützung rechnen können.“

Sozialdemokratische Anträge.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Die Reichsregierung zu ersuchen, 1. den Entwurf eines Reichsmilchgesetzes dem Reichstag schleunigst vorzulegen; 2. die Reichsverordnung über den Verkehr mit Milch vom 6. Juni 1924 nicht eher aufzuheben, als ein Reichsmilchgesetz in Kraft getreten ist.

Der Stod.

Skizze von Hans L'Arronge.

In einer kleinen Stadt bei strahlendem Sonnenschein spazierte ich in dem eleganten Villenviertel und bewunderte die Leppigkeit des Grüns und die Fülle des Obstes. Dann schlenderte ich gemächlich zum Flußufer, wo eine schöne gewölbte Brücke den Weg zum Fluß lenkte. Hier ließ ich mich auf einer Bank, die zum Verweilen einlud, nieder und blickte nun auf ein buntdarierendes Bild. Da wurde gebadet, gerudert, und jenseits des Flußes auf den breiten Wiesen wurde geturnt und Tennis gespielt. Während ich so — nichts wollend, nur schauend, vor mich hinträumte, humpelte ein altes Mütterchen daher, kam von Osten über die Brücke, in der einen Hand ein Körbchen, in der anderen einen alten, zerklüfteten Regenschirm. Auf den stützte sie sich. Als sie in meiner Nähe war, senkte sie tief auf: „Ach, der Stod, der Stod...“

Gleich darauf sah sie neben mir, und indem sie mich hilflos wie ein Kind anblickte, wiederholte sie: „Ach, du liebe Zeit, der Stod...“

„Welchen Stod meinen Sie?“ fragte ich.
„Ach du lieber Himmel, wenn man so alt ist...“
„Wie alt sind Sie?“ (Ich schätzte sie auf 70 Jahre.)
„Zweiundachtzig“, erwiderte sie mit einer gewissen Freude.
„aber ohne Stod geht's doch nicht mehr.“
„Haben Sie Ihren Stod verloren?“
„Na ja, ein Schirm ist kein Stod.“
„Wo haben Sie ihn denn verloren?“
„Hier, gerade hier, wo Sie sitzen.“
„Heute?“ fragte ich ein wenig erschrocken, denn ich hatte keinen Stod gesehen.
„Wann haben Sie hier gefessen?“
„Am Freitag.“
Ich lüchelte mich wesentlich erleichtert, denn heute war Montag. Aber ich verstand nicht, wie sie den Stod noch nach drei Tagen hier vermuten konnte.
Da kam die Auffassung.
„Ach bin ja am Freitag gleich wieder hergelaufen. — Ach du liebe Zeit, der Stod war weg.“

„Sie sind also noch recht mobil trotz Ihrer achtzig Jahre.“
„Zweiundachtzig. Ja, man macht noch viel. Die Leute nachher sich. Borigen Mittwoch bin ich erst aus Berlin zurückgekommen.“

„Bis nach Berlin sind Sie gereist? Ganz allein?“
„Nur mit meinem Stod. Ich war bei meinem Entel. Ach, der ist tot.“
„Der Entel hat wohl dort eine Anstellung?“
„Ja, im Hotel Egel am Anhalter Bahnhof, als Heizer.“
„Egel? Kenn' ich ja gar nicht.“
„So ähnlich, heißt es.“
„Sie meinen vielleicht Ezzessior?“
„Na, ja,“ lachte sie ostent, „Sie sind wohl auch aus Berlin?“
„Allerdings.“
„Sind hier noch zur Erholung?“
„hoffentlich.“

„Ach, mein Entel — der ist nu noch mein einziger, aber der ist gut. Den besuch' ich jedes Jahr mal. Erst war er in Kiel auf Schiff und dann vier Jahre im Krieg. Ach du liebe Zeit, aber der ist gut — der tut für mich, was er kann.“

„Ihr Mann lebt wohl nicht mehr?“
„Der lebt schon lange nicht.“
„Was war denn der von Beruf?“
„Nachher war er bei der Post, vorher war er Wirtler, aber das ging schlecht.“
„Bei der Post? Na, da haben Sie gewiß etwas Pension?“
„22 Mark monatlich und 13 Altersrente... das is genug.“
„Wohnen Sie ganz allein?“
„Im Frauenheim. Eben hab' ich mir Essen geholt — aus der Kostkammer.“

„So? Schmeckt Ihnen das Essen?“
„Ach du liebe Zeit, ich bin nicht so, wie die unzufriedenen Menschen heute...“
„Und wie lebt sich's denn da im Frauenheim?“
„Ich nähe und stricke den ganzen Tag Strümpfe für meinen Bruder in Leipzig.“
„Schn' Sie mal an, arbeiten können Sie auch noch?“
„So rumstümpfen tu' ich nicht, denn möcht' ich gar nicht mehr leben.“

„Kinder haben Sie doch gewiß auch?“
„Sechse hatt' ich. Vier Söhne, zwei Töchter. Die letzte war noch in Halle verheiratet... Der Mann war schlecht, und dann kam sie wieder nach Hause und stirbt. Arzt geholt, alles umsonst.“
„Da haben Sie alle Ihre Kinder verloren?“
„Ja, ja, du liebe Zeit. Vier Söhne im Krieg, und die andern sind auch gestorben. Bloß ich lebe noch 'n paar Jahre. Das geht alles ganz natürlich zu...“
Jetzt erhob sie sich und meinte: „Na, dann wünsche ich Ihnen gute Erholung.“
„Danke sehr.“
„Ach du lieber Himmel, ein Schirm is kein Stod.“
Und damit humpelte sie weiter...

Wir ging so durch den Sinn: ob dir wohl mit 82 Jahren auch nichts weiter fehlen wird als ein Stod? —

Vom heiligen Wort.

Zwei Sachsen sind in München und lauschen neu- und sensationsgierig dem oberbayerischen Volkswort. Begeistert einerseits, neidisch andererseits meint der eine: „Schade, daß mir so garsee bißel Dialekt schrägen...“
Es gibt nicht wenig „Sachsen“ heutzutage. Menschen, die grammatikalisch und phonetisch einwandfrei sprechen, sind ebenso selten wie Menschen mit Sprachgefühl und Sprachschärfe. Die Gründe liegen offen auf der Hand: sie entschuldigen wohl, aber sie entbinden nicht von der Pflicht zur bessernden Arbeit. Einsichtsvolle Pädagogen, Sprechlehre um, nehmen sie bereits seit längerer Zeit mit viel Erfolg vor, und neuerdings wirkt für das Ziel der Gelungung verstandelter Sprache indirekt auch der Rundfunk mit.

Wir erleben gegenwärtig eine Spezialisierung der Kunst, der Streit um die Richtung identifiziert sich sprachlich mit dem Streit um das Mittel. Selbst das Theater besitz nicht mehr die Totalität von ehemals. Theater, Film und Radio sind Angelegenheiten für sich; Kabinen zwischen Theater und Film noch Brücken bestehen, so ist die Rohindustrialisierung etwas absolut Eigenes. Bällige Einseitigkeit muß hierbei durch Höchstleistung ausgeglichen werden.

Triumph des Wortes! Millionen hören es, Millionen netzen es — Millionen kritisieren es. Fernst sprechen! Fernst hören! Das war die unausgesprochene Tendenz des hervorragenden Vortrags: „Das gesprochene Wort“, den der Stuttgarter Theaterleiter E. Wolfgang Hoffmann-Harnisch gestern im Rundfunk hielt. Es gibt Dichter, die am schönsten wirken, wenn man sie hört (Goethe) und andere Dichter sind am größten, wenn man sie liest (Thomas Mann). Das wurde immer wieder leichtverständlich und treffend beim Rhapsodischen, beim Epos, bei der Ballade, bei der Rede, dem lyrischen Gebilde herausgearbeitet. Hoffmann-Harnisch war für die gewählten Beispiele selbst ein guter Sprecher, Homert in Griechisch, Fontane, Hölderlin und Rosak gefangen ihm besonders gut. Erich Gottgeireu.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet vom 19. bis 25. Juli eine Ferien-Studienreise nach Hamburg—Helsingland—Bremen und eine weitere vom 26. Juli bis 4. August nach der Schweiz (Zürich, Luzern, Nierwoldhüttersee, Interlaken, Bern, Berner Bergland, Basel). — Anmeldungen zu diesen Veranstaltungen müssen umgehend beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, erfolgen. Dort wird auch ein ausführliches Ferienprogramm über sämtliche Veranstaltungen in diesem Sommer kostenlos abgegeben.

Theater ohne Eintrittsgeld. Niemand vorher ist bei dem Bemühen, die Theaterpreise zu ermäßigen, so konsequent verfahren als gewisse Leute in Leeds, die zu den Einwohnern von Leeds nächsten Winter sagen werden: „Hier gibt's ein Drama ohne irgendein Eintrittsgeld. Wollt ihr das? Wenn ja, werft etwas in den Hut, wenn er herumgeht. Ein Ereignis in York hat die Hoffnung genährt, daß dieser gewagte Versuch gelingen wird. Denn in York ist, wie das vom Berliner Messe-Kom herausgegebenen Wochenblatt „Berlin“ mitteilt, tatsächlich die Möglichkeit eines „Frei-Theaters“ zum erstmalig Wirklichkeit geworden. Diejenigen, die das Yorker Everman-Theater leiteten, hielten es für notwendig ein- oder zweimal die Vorstellungen im Rathaus zu geben. Da das Rathaus ein städtisches Gebäude ist, konnte kein Geld für den Zutritt erhoben werden; statt dessen wurden Sammelstellen eingeführt. Die Everman-Direktoren machten eine interessante Entdeckung: die Rathausvorstellungen waren rentabler als diejenigen, bei denen stets Eintrittsgeld erhoben wurde.“

Vollständer. Die Premiere des Lustspiels „Die deutschen Kleintädler“ nach Robert von Bellin, am 1. Juli, 7 1/2 Uhr, in den Hauptrollen belegt mit den Damen: Hedwig Wangel, Lotte Rupp, Iren Wrodtzinski und Lil Rodom und den Herren: Carl Wendels, Berthold Reiff, Carl Rüter und Hans Heinrich v. Aradonost.

Wieder ein Unfall.

Die Deutschnationalen und der Finanzausgleich.

In den nächsten Tagen wird im Steueraussschuß des Reichstags der Entwurf zur Aenderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zur Beratung kommen. Dieser Entwurf bringt als wichtigste Aenderung die Einräumung des unbegrenzten Zuschlagsrechts zur Einkommen- und Körperschaftsteuer an Länder und Gemeinden. Er will also die durch die Erzberger'sche Finanzreform geschaffene Steuerhoheit des Reiches teilweise preisgeben.

Es schien bisher, als ob die Rechtsparteien diesen Regierungsvorschlag billigen würden. Die Erzberger'sche Steuerreform war von jeher das Ziel ihrer heftigsten Angriffe. Stets waren sie für größere steuerliche Selbstständigkeit der Länder und Gemeinden eingetreten. Jetzt, wo es ernst wird, scheint sich plötzlich ein bedeutsamer Wandel dieser Anschauungen zu vollziehen.

Wiel bedeutsamer aber ist in dieser Hinsicht ein Artikel des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Preyer in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, in dem die unbegrenzten Zuschläge rund heraus für unmöglich erklärt werden. Diese Ansicht wird mit einer interessanten Begründung versehen, die allein schon die nähere Betrachtung lohnt. Der Hauptvorwurf der Rechtsparteien gegen den bisherigen Finanzausgleich war, daß er Länder und Gemeinden nicht zur Sparsamkeit nötige. Zurück zur finanziellen Selbstverantwortung, war die Parole, und ein Mittel dazu sollten die unbegrenzten Zuschläge sein. Jetzt gibt Herr Preyer offen zu: „Erhalten die Gemeinden das völlig freie Zuschlagsrecht, so ist von Sparsamkeit überhaupt keine Rede mehr.“ Als weiterer Grund wird angegeben, daß unbegrenzte Zuschläge zu wirtschaftlich unerträglichen Ungleichmäßigkeiten in der Steuerbelastung führen müßten, ein Uebel, das die Deutschnationalen bisher auch glaubten in der Hand schlagen zu können. Das wichtigste aber ist für Herrn Preyer das außenpolitische Moment! Hier ist der unglückselige 29. August, der Tag der Annahme der Dawes-Befehle, an dem sich die Deutschnationalen zur Rettung des Vaterlandes in zwei gleiche Teile spalteten, an dem schuld. Was hierzu Herr Preyer schreibt, klingt so erfüllungsfreundlich, daß es unbedingt wörtlich wiedergegeben werden muß:

„Wird die Reichsratsvorlage 10:90 angenommen und dazu das Recht der freien Zuschläge gewährt, so kann leicht der Fall eintreten, daß nach einigen Jahren die Zahlungen aus dem Dawes-Plan nicht mehr möglich sind. Mit Recht werden dann unsere Feinde den Vorwurf erheben, wir hätten den Schwerpunkt der Steuererhebung vom Reich in die Länder „verschoben“, um auf diese Weise uns zahlungsunfähig zu machen. Dieser letzte Grund ist so durchschlagend, daß gegen ihn keine Einwendung aufkommen kann.“

Das ist genau dasselbe, was für die Erzberger'sche Reform entscheidend war, die die Deutschnationalen unter Anführung Helfferichs jahrelang wütend bekämpft haben, und das Gegenteil dessen, was sie selbst vertrat.

Schließlich wendet sich Herr Preyer auch gegen eine Erweiterung der Rechte der Länder gegenüber den Gemeinden, weil er endlich richtig herausfindet, daß diese bis in parteiis eingestrichelt und nicht geeignet sind, das Interesse des Ganzen zu wahren. Deshalb tritt er für eine weitgehende Aufhebung des Reichs ein — obgleich er sich an Anfang seines Artikels als Deutschnationaler zum Föderalismus bekennt. Anscheinend sind für Deutschnationale Theorie und Praxis auch auf diesem Gebiet zweierlei.

Aus diesen Gründen kommt Herr Preyer dann zu folgendem Ergebnis: 1. die Frage der Verteilungsschlüssel und der Zuschläge wird vertagt bis zum Sommer 1926; 2. bis dahin eine schärfere Aufgabenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt; 3. in zwischen bleibt bei der 75prozentigen Ertragsbeteiligung der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer. Zum Schluß aber heißt es wörtlich:

„Grundrhythmus kann schon jetzt festgestellt werden, daß von einem unbegrenzten freien Zuschlagsrecht auch nicht die Rede sein kann; ein solches wird unter keinen Umständen bewilligt werden.“

Die Deutschnationalen sind also gegen unbegrenzte Zuschläge. Werden sie dann aber für begrenzte Zuschläge eintreten? Hierüber ist sich Herr Preyer selbst noch nicht klar. Er glaubt offenbar noch die Fragen der Zuschläge und des Verteilungsschlüssels nebeneinander lösen zu können. Tatsächlich lautet das Problem aber nicht: Verteilungsschlüssel und Zuschläge, sondern Verteilungsschlüssel oder Zuschläge. Zwischen beiden ist zu wählen. Wird den Ländern und Gemeinden das Zuschlagsrecht eingeräumt, so fallen die Verteilungsschlüssel, auch wenn das Zuschlagsrecht begrenzt wird. Und darin liegt die Gefahr, die den Ländern und Gemeinden aus der agitatorischen Haltung der Deutschnationalen erwächst.

Wenn die Deutschnationalen dem äußeren Anschein zuliebe statt des bisherigen Systems wenigstens die begrenzten Zuschläge einbringen wollen, so tritt damit kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt ein. Die Länder und Gemeinden gewinnen bei begrenzten Zuschlägen nichts an finanzieller Beweglichkeit, sie verlieren aber den einen Vorteil, den die Verteilungsschlüssel bisher böten. Nach dem System der Verteilungsschlüssel waren bisher die Ansprüche der Wohngemeinden gesichert. Bei Einführung des Zuschlagsrechts würden diese Ansprüche gefährdet, denn die Wohngemeinde gerät dadurch in Abhängigkeit von der Betriebsgemeinde. Herr Preyer weiß wohl auch keinen praktischen Weg, was eine Wohngemeinde tun soll, wenn die Betriebsgemeinde zu niedriger oder gar keine Zuschläge festsetzt, oder wenn sie die Festsetzung zu lang hinausschiebt.

Auch hier weigern die Deutschnationalen ihre als Oppositionspartei leistungsfähig vertretenen Forderungen. Solche Wandlungen gehen aber gemeinhin nicht ohne schwere Enttäuschung der eigenen Anhänger ab. Zu den betrogenen Aufwertungsgläubigern werden sich bald die geschädigten Länder und Gemeinden als Opfer deutschnationaler Verwandlungskunst fesseln.

Ein überflüssiges Dementi.

Der frühere Reichsanwalt, Herr Dr. Michaelis, sieht sich veranlaßt, gegen die Falschproduktion des Angeklagten Dittmar im Rosauer Studentenprozeß durch das Wolffsche Telegraphenbureau ein langes Dementi verbreiten zu lassen. Er versichert darin, daß seine Arbeit der Studentenschaft niemals mit Politik verbunden war — was er hat. Dem kann man ganz gewiß glauben schenken. A Dementi erscheint uns aber im übrigen

gänzlich überflüssig. Jedes politische Kind weiß, daß dieser Rosauer Prozeß eine abgetarnte Sache ist, die lediglich dem Austausch des in Leipzig zum Tode verurteilten Russen Stoblewski dienen soll. Die Redakteure der „Roten Fahne“ wissen darüber genau so gut Bescheid, wie die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands. Wir haben nichts dagegen, daß Stoblewski nach Rußland abgehoben wird. Aber wenn die russische Regierung dies Ziel erreichen will, so wird das bei der großen Freundschaft zwischen ihr und dem deutschen Auswärtigen Amt nicht sonderlich schwer fallen. Sie könnte getrost auf so alberne Methoden verzichten. Denn schließlich besteht die Weltweit doch nicht nur aus den gläubigen Lesern der „Roten Fahne“.

Deutsch-französischer Eisentrust.

Die Verhandlungen abgeschlossen?

Eine Unternehmerkommission der am Eisenpakt beteiligten Industriellen verhandelte in Luxemburg am 23. und 24. Juni und erzielte befriedigende Ergebnisse.

„Daily Telegraph“ und „Daily Mail“ melden aus Berlin — der erste „von autoritativer Stelle“, daß die Verhandlungen zu einem endgültigen Abschluß geführt hätten. Es handelte sich um die Bildung eines deutsch-französischen Trusts unter folgenden Bedingungen:

1. Frankreich erhält das Recht, aus Elsass-Lothringen, dem Saargebiet und Luxemburg jährlich nach Deutschland 1,7 Millionen Tonnen Eisenerze auszuführen.

2. Die deutsche und die französische Schwerindustrie behalten die volle Kontrolle über den heimischen Markt, jede in ihrem Lande, während zur Bearbeitung der auswärtigen Gebiete und Märkte ein gemeinsames Syndikat gebildet wird. Die von diesem Syndikat erhaltenen Aufträge sollen zwischen den deutschen und französischen Partnern nach einer festgesetzten Quote verteilt werden.

3. Außerdem wird ein besonderes Syndikat zur Produktionskontrolle gebildet und langfristige Verträge für die Lieferung französischer Erze an die deutschen Hochöfen und von Ruhrkohle an französische Eisenhütten werden abgeschlossen.

Schließlich werden noch deutsche und französische Industrielle sich gemeinsam an französischen und deutschen Unternehmungen beteiligen. Diese Meldung des „Daily Telegraph“ erhält eine gewisse Bestätigung durch die „Berliner Börsen-Zeitung“. Dort wird berichtet, daß die englischen Meldungen „den Tatsachen vorseiten“ und berichtet, daß die Meldung über die Bildung eines gemeinsamen Syndikats „in dieser Form“ unrichtig sei.

Das Ziel der Verhandlungen und die Verhandlungsbasis scheint demnach durch den „Daily Telegraph“ richtig umrissen zu sein.

Ein chinesischer Protest in Berlin.

Personalveränderung in der Abteilung Ia.

Die chinesische Regierung hat durch ihre Berliner Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der gegen die Verhaftung der 18 chinesischen Studenten Protest erhoben und eine Untersuchung dieser peinlichen Angelegenheit gefordert wird. Die Meldungen verschiedener Blätter über chinesische Forderungen nach Bestrafung der schuldigen Beamten und auf Zahlung einer Entschädigung an die einen Tag lang inhaftierten Studenten sind falsch.

Indessen scheint Deutschland insofern dem Protest stattgegeben zu haben, als eine Personalveränderung in der Abteilung Ia vorgenommen wurde, die von der B.S.-Korrespondenz wohl nicht zu Unrecht mit den Vorgängen bei der Chinesen-Versammlung in Zusammenhang gebracht wird. Der bisherige langjährige Bearbeiter der linksradikalen Bewegung, Polizeirat Henning, ist nämlich zum Leiter des Polizeiamts Tempelhof ernannt und durch den Polizeirat Wittach ersetzt worden, der bisher die rechtsradikale Bewegung bearbeitete und dessen Posten kürzlich vom Regierungsassessor Dr. Schmidt, bisher Leiter des Polizeiamts Wedding, übernommen wird.

Protestaktion der Berliner Chinesen gegen einen verdächtigen General.

Der chinesische General Hsü befindet sich seit einiger Zeit mit Gefolge in Berlin, um die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands zu studieren. Seine Anwesenheit hat bei den in Berlin lebenden chinesischen Studenten lebhaften Besorgnisse hervorgerufen. Man neigt zu der Auffassung, daß der General in Deutschland Waffen kaufen und Anleihen aufnehmen will, die schließlich gegen die chinesischen Aufständischen Verwendung finden sollen.

Am Sonnabendabend erschien, aus dieser Besorgnis heraus, auf der chinesischen Gesandtschaft in Berlin eine große Anzahl chinesischer Studenten, die in einer dort abgehaltenen Versammlung dem Gesandten ihre Bedenken gegen die Anwesenheit des Generals Hsü zum Ausdruck brachten und dessen sofortige Abreise forderten. Der Gesandte gab die Erklärung ab, daß der General sich ausschließlich zu Studienzwecken in Berlin aufhält und gar nicht an den Ankauf von Waffen oder den Abschluß von Anleihen denkt. Der Aufforderung, diese Erklärung in einem mit seiner Unterschrift versehenen Schriftstück feierlich zu wiederholen, kam der Gesandte nach. Der Ausschuh der chinesischen nationalen Freiheitsbewegung, der diese Aktion leitete, beabsichtigt, die von dem Gesandten unterschriebene Erklärung im Wortlaut der deutschen Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Von chinesischer Seite wird auf das Bestimmteste versichert, daß es sich um keine kommunistische Aktion gehandelt und nur Chinesen an ihr teilgenommen haben.

Inzwischen ist General Hsü vom Reichspräsidenten in Audienz empfangen worden.

Nach der Entscheidung der Sozialisten.

Bezirksverbände gegen Kammerfraktion.

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Haltung der sozialistischen Fraktion in den Debatten über die Karolfrage und die Caillaux'schen Sanierungsmassnahmen hat innerhalb der Partei sehr starke Unzufriedenheit ausgelöst. In einer ganzen Reihe von Departements wird von den zuständigen Parteinstanzen scharfe Kritik geübt, weil die Fraktion an der Fiktion einer gemeinsamen Politik der Linken festzuhalten versucht, obwohl der Kurs, den das Ministerium Painlevé eingeschlagen habe, sich von Tag zu Tag mehr von dem Programm des 11. Mai entferne. So hat am Sonntag der Parteikongress im Departement Rhône in Lyon sich einstimmig gegen die Fortführung der Unterstützungspolitik ausgesprochen. Der Kongress des Departements Doubs in Besançon hat eine Resolution gefaßt, in der die Delegierten zum Parteitag beauftragt werden, für den sofortigen und bedingungslosen Abbruch der Unterstützungspolitik zu stimmen und jeden Beschluß abzulehnen, der der Fortführung der gegenwärtigen Politik durch irgendwelche Kompromisse die Tür offenhalte.

Keine kurzfristige Anleihe.

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendblätter vom Montag teilen mit, daß die wertbeständige Anleihe nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, kurzfristiger Natur sein wird, sondern daß das Finanzministerium beabsichtigt, eine auf Goldfranken unkündbare Rente auszugeben.

Weiterberatung des Budgets.

Paris, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer legte am Montagnachmittag die in vergangener Woche unterbrochene Beratung des Budgets fort. Nachdem die Finanzkommission sich mit der vom Senat beschlossenen Streichung eines großen Teiles der von der Kammer in erster Lesung gefaßten Beschlüsse, soweit sie auf die Modifikation der geltenden Steuergesetze hinauslaufen, abgefunden hat, dürfte die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes im Plenum auf keine unüberwindlichen Hindernisse mehr stoßen. Nur in einem Punkt bestehen noch ernstliche Differenzen zwischen der Regierung und der Mehrheit der Kammer. Die Finanzkommission hat die in erster Lesung beschlossene Modifikation der Umsatzsteuer, die die Unternehmungen des Lebensmittelhandels und der Lebensmittelindustrie, soweit sie nicht mehr als drei Angestellte beschäftigen, von dieser Abgabe befreit und im Einnahmehaushalt durch eine Produktionssteuer auf gewisse industrielle Fabrikate ersetzen will, ungeachtet der Ablehnung durch den Senat und des Widerspruchs der Regierung wiederhergestellt. Da Caillaux angekündigt hat, daß er dazu die Vertrauensfrage stellen wird, ist nach den Erfahrungen der vergangenen Woche damit zu rechnen, daß die Mehrheit auch in dieser Frage kapituliert. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß das Parlament unmittelbar nach der Verabschiedung des Budgets die Diskussion der zurückgestellten fiskalischen Vorlagen beginnen und in wenigen Tagen zu Ende führen wird, so daß die Session spätestens zum 14. Juli geschlossen werden kann.

Arbeitslosendebatte im Unterhaus.

Scharfe Kritik Macdonalds.

London, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag wurde im Unterhaus auf Antrag der Arbeiterpartei das Arbeitslosenproblem besprochen. Macdonald eröffnete die Debatte und führte aus, daß das Heer der Arbeitslosen in den letzten Monaten beispiellos gewachsen sei. Die Regierung habe die Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten nicht mit der erforderlichen Energie betrieben, wie sie in der Arbeitslosenfrage überhaupt äußerst faumtelig sei. Anschließend begründete er einen Antrag der Arbeiterpartei, der sachlich, aber in aller Schärfe Kritik an der Regierung übt und bestimmte Maßnahmen zur Abhilfe fordert. Der Ministerpräsident Baldwin ergriff dann persönlich das Wort zur Erwiderung. Er teilte mit, daß die Regierung bestimmte Pläne erwäge und u. a. auch überlege, ob eine Verminderung des Arbeitslosenheeres durch Subventionen an die drachliegenden Betriebe zu ermöglichen sei. Unter anderem sei an die planmäßige Ueberweisung von Aufträgen, die Erteilung von Krediten und die Ermöglichung der Frachtfähigkeit auf den Eisenbahnen gedacht.

Nach einem B.Z.-Bericht besprach Baldwin in seiner Antwortrede auch die außenpolitischen Fragen:

Ueber den Einfluß der Außenpolitik auf die industrielle Lage erklärte er, die britische Außenpolitik der letzten fünf Jahre habe ohne Rücksicht darauf, welche Regierung an der Macht war, Chaos und Unruhe in Europa durch Ordnung und Frieden zu erziehen versucht. Es sei sehr schwer gewesen und werde noch sehr schwer sein, aber ein wirklicher Fortschritt sei bereits gemacht worden. England selbst habe keine geringe Rolle gespielt bei der Wiederherstellung Oesterreichs, Ungarns und Deutschlands. Entweder habe England selbst im Verein mit anderen Ländern oder durch den Völkerbund einen steten Einfluß ausgeübt, der unaußföhrlich und unerhöhrlich auf den Frieden hingewirkt in dem Bewußtsein, daß

Frieden in Europa ein unbedingt wesentlicher Begleitumstand für jeden industriellen Fortschritt in England

ist. — Auf die Sicherheit spaltverhandlungen übergehend, erklärte Baldwin, die Regierung unternehme jetzt einen weiteren Versuch, um einen Schritt vorwärts zu machen, der nach seiner Ansicht eine große Wirkung auf die Festigung der Lage in Westeuropa haben und zum

Beginn der Heilung der alten Fehde und Rivalität zwischen zwei großen Nationen

beitragen werde. Wenn diese Bemühungen von Erfolg gekrönt seien, so sei er überzeugt, daß dann ein weiterer Meilenstein auf dieser langen mühseligen Straße passiert worden ist.

Dutschregierung und Parlament.

Bangalös droht mit Auflösung.

Athen, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Führer der griechischen Wirtsrerente hat am Sonnabend ein Kabinett gebildet, das im wesentlichen aus Nichtparlamentariern besteht. Die neue Regierung, deren Bereidigung durch den Präsidenten bereits erfolgt ist, beabsichtigt, sich am Montag der Nationalversammlung vorzustellen. Da Bangalös sich mit dem Plan trägt, das Parlament im Falle einer Obstruktion aufzulösen, werden parlamentarische Schwierigkeiten nicht ermartet.

Das Tafelgeschirr des Kronprinzen.

Allgemeine Aufmerksamkeit erregte bekanntlich in der Öffentlichkeit die Debatte über den Antrag der Berliner sozialdemokratischen Rathausfraktion, das seinerzeit für den Kronprinzen des Deutschen Reichs bestellte kostbare silberne Tafelgeschirr jetzt nicht dem Kronprinzen zu überreichen, sondern es in einem Museum zur Ausstellung zu bringen und auf die Weise diesen wertvollen Kunstschatz der Öffentlichkeit zu erhalten. Die Abstimmung im Berliner Rathaus ergab durch zwei verschiedene Mehrheiten ein etwas merkwürdiges Resultat. Jetzt hat sich gestern im Berliner Rathaus die erneuerte Kommission der an der Schenkung der beteiligten preussischen Großstädte, die aus den Oberbürgermeistern und Stadtverordneten der betreffenden Städte zusammengesetzt ist, mit der ganzen Materie noch einmal beschäftigt. Man hat beschlossen, eine dreigliedrige Kommission zum Kronprinzen nach Dels zu entsenden und ihm nahezu legen, er möge freiwillig auf die Annahme dieses früher unter ganz anderen Umständen beschlossenen Bescheins verzichten und einer Ueberweisung des Tafelgeschirrs an ein Museum von sich aus seine Zustimmung geben. Es wird sich bald zeigen, ob dieser Appell an das Anstandsgefühl des Schloßherrn von Dels Erfolg haben wird. Es gibt Skeptiker, die behaupten, der frühere Kronprinz lege viel zuviel Gewicht auf den für ihn angeblich so notwendigen Vermögenszuwachs, als daß sich eine Vermittlungsaktion Erfolg haben könnte. Die Öffentlichkeit wird jedenfalls gespannt sein, zu erfahren, wie sich der frühere Kronprinz in diesem Fall verhalten wird. Im allgemeinen waren ja die Hohenzollern in Fragen des Tafels nicht immer gut beraten. Vielleicht magt der Herr von Dels doch einmal eine Ausnahme.

Gewerkschaftsbewegung

Das Ergebnis des Holzarbeiterkampfes.

Die Aussperrung in der Holzindustrie, die am 13. Juni vom Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie dekretiert wurde, kann nunmehr als beendet betrachtet werden. Es ist möglich, daß es in einzelnen Bezirken, insbesondere in Thüringen noch einige Schwierigkeiten zu überwinden geben wird. Aber im großen und ganzen kann der Kampf als beendet betrachtet werden.

In anderer Stelle wird das Ergebnis dieses Kampfes in seinen größeren Auswirkungen eingehender besprochen. Wir beschränken uns hier auf die Wiedergabe der Tatsachen und Ziffern und wollen nur ganz kurz unterstreichen, daß das Ergebnis dieses Kampfes für den Deutschen Holzarbeiterverband ein Erfolg, und zwar ein großer Erfolg ist.

Die erzielte Lohnerhöhung beträgt im Durchschnitt 18 Proz. auf die bisherigen Löhne. In einzelnen Bezirken ist die Lohnerhöhung geringer, in anderen erheblich größer. Es hat insbesondere eine größere Ausglei chung zwischen den Vertragslöhnen in den einzelnen Bezirken stattgefunden, wodurch die zurückgebliebenen Bezirke stärker begünstigt worden sind.

Auch da, wo die bisherigen Vertragslöhne überschritten worden sind, tritt die vereinbarte Lohnerhöhung in Geltung. Wenn z. B. der bisherige Vertragslohn 78 Pf. betrug und ein Arbeiter auf Grund seiner höheren Leistung 85 Pf. die Stunde bekam, der Vertragslohn nun 78 Pf. jedoch auf 94 Pf. erhöht wurde, so tritt diese Erhöhung von 16 Pf. auch auf den bisher höheren Lohn in Kraft, so daß der Arbeiter, der bisher 85 Pf. erhielt, künftig 101 Pf. pro Stunde bekommt.

Die Löhne gelten als Spitzendurchschnittslöhne. Wie bisher tritt bei Akkordentlohnung ein Zuschlag von 15 Proz. zu den vereinbarten Vertragslöhnen hinzu. Die Lohnerhöhung erfolgt in zwei Zeitabschnitten, und zwar die erste in der Regel ab 13. Juni und die zweite ab Mitte August. Das Lohnabkommen gilt bis 15. Oktober.

Zu bemerken ist noch besonders, daß die neuen Verträge ohne Zustimmung von Unparteiischen in freier Vereinbarung zustandekamen. Die bisherigen Löhne schwankten in den verschiedenen Bezirken zwischen 69 und 100 Pf. Die neuen Löhne betragen zwischen 85 und 109 Pf. die Stunde. Diese Löhne sind, wie bereits angeführt, Spitzendurchschnittslöhne; nicht inbegriffen sind Schleisien und Brandenburg, wo die Löhne bisher 57 bzw. 68 Pf. betragen und auf 78 bzw. 77 Pf. erhöht wurden und die Löhne der dritten Ortsklasse bezogen. Die Spitzendurchschnittslöhne stufen sich wie bisher ab nach Ortsklassen, Altersklassen und Berufsgruppen.

Dieser großen Erfolg danken die Holzarbeiter in erster Linie ihrer ausgezeichneten Organisation und der begeistertsten Disziplin ihrer Mitglieder. Aber auch dem Vorgehen der Unternehmer, das mir an anderer Stelle eingehender würdigen, ist es zum guten Teile zuzuschreiben, daß der Kampf, der eine unserer beständigsten Gewerkschaften niederringen wollte, diesen Ausgang nahm.

Verbandstag der Hutmacher.

Köln, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag früh wurde in Köln der 14. Verbandstag des Deutschen Hutmacherverbandes eröffnet. Aus allen Teilen Deutschlands sind Delegierte erschienen. Der Vormittag galt den Begrüßungsreden. In der Nachmittagssitzung sprach Staub über die historischen Aufgaben der Gewerkschaften. Er gab einen umfangreichen Überblick über die Entwicklung der modernen Arbeiterorganisationen, die sich neben der politischen Arbeiterbewegung als Machtmittel dem Unternehmertum gegenübergestellt habe. Besonders interessante Reminiszzenzen, die die ständige Entwicklung des gewerkschaftlichen Unterhaltungsstellenwesens schilderten, gab dem Vortrag eine besondere Note. Schließlich wurde auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu den ungelerten Arbeitern, die bei den Gutarbeitern lange als „Zirkelobjekt“ angesehen wurden, behandelt.

Der Buchbinderverband 1924.

Dem Geschäftsbericht des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl nahm im Jahr 1924 gegenüber dem Jahr 1923 um 531 Mitglieder oder 0,01 Proz. ab. Die Abnahme entfällt auf die ersten Quartale des Jahres 1924. Der Durchschnittsmitgliederbestand beträgt 52.332, der Bestand am Schluß des 4. Quartals 1924 insgesamt 53.943. In günstiger Entwicklung befinden sich auch die finanziellen Verhältnisse des Verbandes. In der Bilanz sind die Einnahmen für 1924 mit 796.771,67 M. verzeichnet. Dazu kommt ein Vortrag für das Jahr 1924 in Höhe von 32.376,79 M. Die Ausgaben stellten sich auf 399.825,45 M., so daß 429.312,92 M. für das Jahr 1925 vorgezogen werden konnten.

Das Jahr 1924 war für den Verband ein ausgesprochenes Kampfsjahr. Trotzdem für die große Mehrzahl der Berufsangehörigen, nämlich für rund 75.000 Personen, die Löhne und Arbeitsverhältnisse von acht Reichstücken geregelt sind und ferner unter sechs Bezirkstarife weitere 5000 Berufsangehörige entfallen, fanden 189 Lohnbewegungen statt. Sie umfaßten 24.049 Betriebe mit rund 453.355 Personen, so daß die Belegschaft mehrerer Betriebe in einem Jahr mehrmals in Lohnbewegungen verwickelt

Arbeiter, Angestellte, Beamte Berlins!

Ein neuer Schlag gegen eure Lebenshaltung droht! Zu dem Lohnraub, dem Steuerdruck soll nach dem Willen der bürgerlichen Parteien und der Regierung Luther-Schlele-Schlieben noch hinzutreten der

Brotwucher!

Weitere Not, vermehrter Hunger, noch größeres Elend wird durch die geplanten Zölle der besitzlosen deutschen Bevölkerung aufgezwungen!

Seht Euch zur Wehr! Protestiert mit aller Entschiedenheit und besucht die

Protestkundgebungen

heute, Dienstag, den 30. Juni, abends 7 1/2 Uhr,

in folgenden Lokalen:

- Berlin-Mitte: Müllersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31
- Noahlit: Moabiter Gesellschaftshaus, Wicliessstraße 23
- Norden: Thatussäle, Müllerstraße 142
- Osten: Andreasäle, Andreasstraße 21
- Süden und Neukölln: Allems Festsäle (Erbe), Hasenheide 13
- Westen: Splherensäle, Wilmersdorf, Splherenstraße 3

Redner: Reichstagsabgeordnete

Crispien, Dr. Moses, Wels, Künstler, Stampfer, Wiffell.

Männer und Frauen! Gestaltet diese Kundgebungen durch Massenbesuch zu wuchtigen Protestdemonstrationen gegen den geplanten Raubzug.

Die Sozialdemokratische Partei -- Bezirksverband Berlin.

wurde. Von den Bewegungen verliefen 162 ohne Arbeitseinstellungen und 27 mit Arbeitseinstellungen. Von den Streiks waren 21 Angriff- und sechs Abwehrstreiks. Völligen oder teilweisen Erfolg hatten durch diese Bewegungen insgesamt 430.416 Personen, und zwar 439.250 ohne Arbeitseinstellung und 11.166 Personen durch Streiks. Es konnte im Durchschnitt für Männliche eine Aufbesserung von 12 M. pro Woche erzielt werden, für Weibliche eine solche von 7 M. Das ist ein Erfolg, der sich sehen lassen kann und der zur weiteren Werbung für die gewerkschaftliche Idee anspornen muß.

Konflikt in der rheinischen Ziegelindustrie.

Köln, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem von den am Bezirklohnvertrag beteiligten Ziegelbesitzern die Lohnforderungen der Gewerkschaften von 1 M. Spitzenlohn und ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses von beiden Parteien abgelehnt worden war, ist in allen Betrieben des Bezirks eine Ura b r i m u n g über den Streik vorgenommen worden. Mit großer Mehrheit wurde der Ausstand beschlossen. Die Unternehmer boten für Juni keine Lohnerhöhung an, waren aber bereit, für den Monat Juli den Spitzenlohn auf 75 Pf. pro Stunde festzusetzen. Dieses durchaus ungenügende Angebot wird auch von den im Christlichen Gewerkschaftsverein organisierten Arbeitern mit dem Ausstand beantwortet werden.

Aus Japans Arbeiterbewegung.

Der Korrespondent des „Soz. Volksdienstes“ in Genf hat kürzlich eine Unterredung mit dem Genossen Bunje Suzuki, Sekretär des Japanischen Allgemeinen Arbeiterbundes. Suzuki machte ihm u. a. nähere Mitteilungen über den Stand der japanischen Gewerkschaftsbewegung, die heute etwa 25 Proz. aller japanischen Arbeiter umfaßt und insgesamt 450.000 Mitglieder zählt. Neben dem Arbeiterbund besteht eine selbständige Organisation der Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern mit einer Gesamtmitgliederzahl von 80.000 Köpfen. Im letzten Jahre führte diese Organisation mehr als 1000 erfolgreiche Streiks und Lohnkämpfe durch.

Der kommunistische Prozentfaktor in den Gewerkschaften war äußerst gering. Moskau wurde bisher vielleicht durch 6000 Arbeiter vertreten, die wiederum den verschiedensten Organisationen angehörten. Sie verteilten sich auf die Spezialgewerkschaften der Seeleute, der Buchdrucker und Eisenbahner usw. Der größte Teil der Kommunisten in Japan rekrutiert sich aus Intellektuellen, die zum Teil in Moskau auf Kosten der russischen Regierung studiert haben. Die kommunistische Agitation arbeitet mit riesigen Geldmitteln, ohne das Wort „Kommunismus“ im Munde zu führen. Ihr Bestreben ist, jede Lohnbewegung zur Rebellion ausarten zu lassen, also Unruhen zu stiften. Inzwischen sind sämtliche Kommunisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen worden, weil sie durch ihre Wühlerlei jede positive Arbeit unmöglich machten und so den gewerkschaftlichen Aufbau störten. Als Hauptziele der bolschewistischen Agitation sind die Städte Tokio, Kobe, Osaka und Kioto zu betrachten. In Yokohama, das durch das letzte Erdbeben zerstört wurde, hat der Wiederaufbau alle politische Arbeit lahmgelegt.

Die neue

Zollvorlage,

die gegenwärtig im Reichstag zur Beratung steht, soll nach dem Willen der Reichsregierung und der Rechtsparteien durchgepeitscht und noch vor dem Beginn der Parlamentsferien verabschiedet werden.

Euer Zell soll zu Markte getragen werden, als Liebesgabe für Schwerindustrie und Großgrundbesitz.

Neue Lasten will man auf Euch abwälzen! Euch sollen bei dem ungeheuren Lohnraub, unter dem Ihr ohnehin schon leidet, noch neue schwere Steuern in Form von Zöllen auf Brot und alle zum Leben unentbehrlichen Bedarfsartikel aufgebürdet werden. Die von der Regierung im Auftrage der Großindustrie und des Großgrundbesitzes vorbereiteten Hochzollzölle kommen einem allgemeinen Lohnraub gleich, den Ihr selbst durch schwere Lohnkämpfe nicht ausgleichen könnt.

Angestellte, Arbeiter und Beamte!

Gegen diese neue Belastung, die eure Lebensbedingungen noch tiefer herunterdrückt, müßt Ihr Euch mit allen Euch zur Verfügung stehenden Kräften

zur Wehr setzen,

bevor es zu spät ist.

Wir rufen Euch auf, die heute,

Dienstag, den 30. Juni

stattfindenden Versammlungen, in denen Ihr über die Euch drohenden Gefahren informiert werdet, einhellig und geschlossen zu besuchen.

Angestellte, Arbeiter und Beamte!

Auf zum Protest! Erscheint in Massen!

Ortsauschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin

Ortsauschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes

Eins der schwierigsten Probleme in der inneren Politik Japans bildet gegenwärtig, wie auch früher schon, die Einwanderungsfrage infolge der Haltung Amerikas zu dieser Angelegenheit. Das japanische Volk empfindet tiefe Enttäuschung gegenüber den amerikanischen Maßnahmen, weil ein großer Teil der japanischen Bevölkerung dadurch in große wirtschaftliche Schwierigkeiten gestürzt wird. Japan kann seine Bevölkerung nicht ernähren. Es führt jährlich 90.000 Tonnen Reis ein. Das Uben ist für die Massen tatsächlich infolge der zu schnell gekommenen Industrialisierung und Kapitalisierung ein sehr hartes. Die Gewerkschaften unterstützen deshalb die Forderung der Regierung, den Auswanderern ein neues Gebiet zu erschließen. Das soll natürlich nur auf dem Wege der Verhandlungen, niemals auf dem Wege der Gewalt geschehen.

Durch die Gewährung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer über 20 Jahre hat die Regierung ein bedeutsames Zugeständnis gemacht; sie ist auch in Fragen der Sozialgesetzgebung bemüht, ihr möglichstes zu tun. Aber natürlich bleibt noch unendlich viel Arbeit zu tun. Vergessen Sie nicht, daß in unserem Lande die verschiedensten Kulturströmungen zusammenstreffen, daß alle Ideen in einem Brennpunkt sich bei uns treffen. Wir müssen unterscheiden und prüfen, was für uns besonders Verhältnisse zu gebrauchen ist.

Die chinesische Arbeiterbewegung wird von uns unterstützt. Sie ist arm und entwickelt sich erst. Aber ich zweifle nicht an ihrem Erfolge. Die Hafenarbeiter von Shanghai wollten schon in diesem Jahre einen Vertreter zur Arbeiterkonferenz schicken. Das Geld reicht aber nicht. Aber wir hoffen, daß im nächsten Jahre auch China auf der Internationalen Arbeiterkonferenz vertreten sein wird.

Der Internationalen Bekleidungsarbeiterförderung haben sich folgende Verbände angeschlossen: United Cloth-Hat and Capmakers of North America (Bereinigte Hut- und Hüthenmacher von Nordamerika, New York), sowie die Abteilung Pelzarbeiter der National Union of Distributive and Allied Workers (Nationalverband der Arbeiter im Kleinhandel und verwandten Gewerke, Manchester) mit circa 500 Mitgliedern.

Wählung, Betriebsräte und Bauselegierte des Sch., Tief- und Betonbaugewerbes!

Am Mittwoch findet im Gemeindefaßhaus, Großer Saal, nachmittags 3 Uhr, eine Wahlversammlung des Deutschen Bauergewerksverbandes mit anschließender Tagungsberatung statt. Bericht von den Jahresarbeiten. Es ist Pflicht eines jeden Betriebsrats sowie Bauselegierten, pünktlich und bestimmt zu erscheinen. Über Ausweis und Mitgliedschein kein Zutritt.

Herren-Anzüge, Paletots nach Maß in vollendeter Paßform 185 L. Sonnenschein, Poissener Straße 33 (Ecke Lützowstraße)

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Soltau; Gewerkschaftsbewegung: A. Eberhart; Redaktion: Dr. Joh. Schlotmann; Redakteur und Schriftführer: Fritz Karstädt; Anzeigen: H. Glöck; Druck: in Berlin, Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Amerika-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Witz“.

Unser

Saison-Ausverkauf

beginnt am 1. Juli

Bis zur Hälfte herabgesetzt werden die Preise unserer Waren in den bekannt guten Qualitäten

Beachten Sie unser Inserat am Mittwoch!

HERMANN TIETZ

Arbeiter-Sport

Reichs-Arbeitersporttag im Berliner Stadion.

Am Sonntag war das Stadion im Grunewald wieder der Schauplatz jener großen Massenveranstaltung, die unter dem Namen Reichs-Arbeitersporttag ein Wehr an die gesamte Arbeiterklasse sein soll, sich von dem bürgerlichen, mehr oder weniger nationalistisch eingestellten Sport freizumachen und in die große Armee des Arbeitersports einzutreten. Der RASL wurde auf Beschluß des Arbeitersportkongresses in Jena als jährliche Werbeveranstaltung für die ganze deutsche Republik eingeführt, er unterscheidet sich jedoch von anderen Reichsveranstaltungen dadurch, daß er örtlich abgehalten wird, um an die Massen der Bevölkerung heranzukommen. Der RASL soll die Kulturarbeit des Arbeitersports zeigen! Als der bürgerliche Sport in seiner Turn- und Wetbewoche im Stadion war, da ertönte der Hymnus auf die sportliche Höchstleistung des einzelnen Helden, die sportliche „Krone“, ging im Triumph durch das Stadion, und endlose Rufe galten nur dem Helden. Der Arbeitersport will die Masse gesund machen, es gilt dem ganzen Volke, wenn wir zu spielen scheinen. In diesem Zeichen stand auch der RASL am Sonntag.

Der Einmarsch.

Am Vormittag sah es noch trübe aus, als wollte das Wetter dem RASL das gleiche Schicksal bereiten, wie der so groß angelegten, aber leider verregneten Sonnenwendfeier des Arbeiter-Kulturartells. Trotzdem strömten schon um die Mittagszeit Tausende zum Stadion. Einige Organisationen hatten bereits vormittags große Demonstrationen durch die Stadt nach dem Stadion veranstaltet. Immer neue Züge kamen mit ihren Fahnen herbei, Musik und Gesang ertönte ununterbrochen. Um 1 Uhr war der mittlere Teil des Stadions gefüllt, die Sonne kam hervor, und als das Zeichen zum Einmarsch gegeben wurde, konnte man ein ziemlich „volles Haus“ zur Freude aller feststellen.

Einmarsch und Vorführungen.

Den Einmarsch eröffneten die Kraftfahrer und Radfahrer des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ auf buntdruckten Rädern durch eine Rundschrift, auch das Hochrad war wieder vertreten und der Einmarsch erhielt seinen besonderen Beifall. Dann folgten die Wanderer, Turner, Sportler, Fußballer, Schwimmer, ein buntes, farbenprächtiges Bild bildend, nackte braungebrannte Körper, grüne, rote, gelbe usw. Sportkleidung, als Untergrund der grünen Falten, und über allem die freundlich lachende Sonne. Erhebend wirkte der allgemeine Gesang des Liedes: „Brüder,

zur Sonne, zur Freiheit! Nun kam eine der schönsten Vorbietungen, die „neue Gymnastik“, d. h. Freiübungen, die jeder ohne Vorübung gleich mitmachen kann. Der ganzen Stadionbesucher bemächtigte sich eine aus dem Herzen kommende Fröhlichkeit. Dieses Schwingen der Beine und Arme, Hüpfen und Springen gleich einem fröhlichen Ameisenhaufen, wo der einzelne gar nicht mehr herauszufinden war, weil scheinbar alles durcheinander ging. Wer herzhaft mitgelacht hat über diese Hops- und Schwingübungen zu Hause, wird erstaunt sein, wie anstrengend dieses scheinbare Spiel ist. Das empfehlen wir auch den Wanderern, damit sie nicht zu sehr durchgegeistert ausschauen, und den Radfahrern, denen bei ihrem etwas einseitigen Sport diese Übungen sehr wohlgetan hätten. Diese beiden Sparten hätten auch mitüben müssen, wie dies anerkennenswerterweise die Schwimmer und sogar die Fußballer getan haben. Dann kamen die Scherathleten, Ringer Ju-Jitsu-Kämpfer mit ihren Vorbietungen an die Reihe, von denen ganz besonders die leichten, unter denen sich auch Frauen befanden, lebhaftes Interesse fanden, jedoch war dieser Teil wohl etwas zu ausgedehnt. Eine humoristische Einlage gab es noch, als die Ju-Jitsu-Kämpfer einige als Hakenkreuzler kostümierte Jünglinge mit viel Humor abtransportierten.

Die Leichtathletik war diesmal in etwas geringerem Maße vertreten, brachte aber interessanten Sport, den Vorrang hatten die Stafetten, unter anderem auch eine 20x300 Meter-Stafette, die den Abschluß des Festes bildete. Bei den Männern gewannen die 10x100-Meter-Stafette unerwartet die Freien Schwimmer Reutkölln vor den Turnern. Bei den Jugendlichen siegte in der gleichen Stafette Groß-Berlin, ebenso bei den Turnerinnen. Auch sonst gab es noch einige Überraschungen. Ein großzügiges imponantes Bild bot das lebende Schauspiel, von kostümierten Gruppen und mit lebenden Pferden dargestellt, mit dem Titel: „Kampf der Arbeit gegen das Kapital“. Zwei Klassen sind hier gegenübergestellt: das kämpfende Proletariat und die Bourgeoisie, die beide im Verlaufe des Kampfes Verluste erleiden, aber schließlich wird doch der König Kapital entthront. Die „Türme“ des Proletariats waren der Internationale Gewerkschaftsbund und die Arbeiterpresse, auch der „Vorwärts“ war in riesigen Lettern vertreten — man denke! Einleitung und Ausklang dieser Schachpartie wurde von einem Sprechchor gegeben.

Zum Fußballspiel waren die Münchener erschienen und kämpften gegen eine Berliner Stadtmannschaft. Die Gäste blieben mit 2:1 die Sieger, Halbzeit 1:0 für München. Das musterhaft vorgeführte Spiel fesselte wie immer die Zuschauer besonders.

Die Radfahrer brachten etwas Neues, aber es war doch kein Sport: ein 100-Meter-Rangfahren, wobei der Letzte siegt. Immerhin ist auch dies interessant. Lebhaften Beifall fand der vorzüglich geführte Hirtreigen.

Die Schwimmer hatten wie immer die vollsten Tribünen. Sie zeigten Sprünge vom Turm usw., Stafetten, Reigen, Rettungsvorführungen und Wasserball. Trotzdem das nasse Element im Schwimmbaden recht kühl war, wurden die Darbietungen gut durchgeführt und ertelten reichen Beifall.

Ermahnt seien noch die Ausstellungen der Arbeiter-Abstinenz, des Verbandes Volksgesundheit und des Fahrradhauses Frischhaus im Ehrenhof des Stadions. Leider kommen diese Veranstaltungen nicht voll zur Geltung, da die Besucher vor allem doch die Vorführungen sehen wollen.

Die Festleitung hat sich große Mühe gegeben, den RASL ohne Störungen durchzuführen. Sogar die kommunistische Agitation war auf ein Mindestmaß beschränkt. Immerhin stürzte es, daß der Rote Frontkämpferbund — trotzdem er doch nur Gast wie alle anderen war — während des Spiels der Musik mit Trommeln und Pfeifen seine Stützpunkte aufsuchte. Der Rote Jungsturm war von der Leitung bei dem Einmarsch aus dem Zuge herausgestellt worden, hatte sich dann aber bei den Wanderern doch eingeschlichen. Auch die kommunistischen Sammlungen und Zeitungsverkäufe usw. tauchten immer wieder auf, so oft auch Verbote erfolgten.

Resultate. Männer. 100-Meter-Lauf: 1. Hiesche-AGC 11,5 Sek., 2. Böhme-Schöneberg 12,4 Sek., 3. Heidt-AGC — 10x100-Meter-Stafette. Lauf A. Turner, Fußballer, Wasserballer: 1. Reutkölln 2 Min. 4,8 Sek., 2. Fichte 4,7 Sek., 3. Fichte 10 weitere 1/2 Meter zurück. — Lauf B. 1. Fichte Schwimmer Reutkölln 2 Min. 7,1 Sek., 2. Fichte 12,2 Sek., 3. Schwimmer Spandau weitere 25 Meter zurück. — 20x300-Meter-Stafette. 1. AGC 1 1/2 Min. 27,8 Sek., 2. Eißelt 13 Min. 4,7 Sek., 3. Lichtenberg 13 Min. 51,7 Sek. — Mannschaftswettbewerb: 1. Schöneberg 17,56 Meter, 2. Reutkölln 17,23 Meter, 3. AGC und Spandau 16,84 Meter. — Jugend. 3000-Meter-Lauf: 1. Schill-Sportia 9 Min. 39,4 Sek., 2. Herfurth-Mosbit 10 Min. 17,4 Sek., 3. Priem-Fichte 7. — 10x100-Meter-Stafette. Lauf A: 1. Schöneberg 2 Min. 5,6 Sek., 2. Mosbit. — Lauf B: 1. Fichte 7 Grob-Berlin 2 Min. 5,3 Sek., 2. Eißelt, 3. Fichte 2. — 10x100-Meter-Stafette. Turner: 1. Fichte 1 1/2 Min. 4,8 Sek., 2. Fichte 7 50 Meter zurück, 3. Fichte 13 weitere 50 Meter zurück. — Hochsprung: 1. Schüller-Sportia, John-Köpenick, Robert-Oberpeter, Anspitzer-Fichte 8 je 1,38 Meter. — Weitsprung: 1. AGC 10,10 Meter, 2. Sportlerinnen: 1. Lichtenberg 2 Min. 34,8 Sek., 2. Eißelt 1 1/2 Meter zurück, 3. Mosbit 20 Meter zurück. — Lauf B: 1. F. Z. Grob-Berlin 2 Min. 19,7 Sek., 2. Fichte-Schill 60 Meter zurück, 3. Fichte 3 weitere 2 Meter zurück. — Turnerinnen: 1. Schöneberg 2 Min. 32,4 Sek., 2. Fichte 13 10 Meter zurück, 3. Fichte 13 weitere 10 Meter zurück. — Diskuswerfen: 1. Rein-AGC 22,20 Meter, 2. Richter-Mosbit 18,76 Meter, 3. Fichte-Schill 18,10 Meter.

Arbeitersport und Republik.

Der Arbeitersport findet, obgleich er auf sozialistischem Boden steht, scheinbar nicht die Kraft, sich mit der gesamten sozialistischen Arbeiterklasse auch offen für die Republik zu erklären. Selbst die sozialdemokratischen Genossen innerhalb des Arbeitersports finden vielfach nicht den Mut, die Farben der Republik offen zu zeigen — weil sie die Gegendemonstrationen der Kommunisten fürchten. Zum Reichsarbeitersporttag hat der Geschäftsführende Ausschuss des Kartellverbandes, wie er uns in einem Schreiben mitteilt, das Fernhalten der Sowjetschmarn und der Farben der Republik ausdrücklich auf Antrag von SPD-Genossen beschlossen, und es sollte dadurch vor allem die kommu-

Stefan Esders

(vormals Weilmann)

Kaiser-Wilhelm-Str. 55 BERLIN Ecke Spandauer Str. 35

Saison-Ausverkauf in allen Abteilungen zu sehr vorteilhaften Preisen

Beginn: Mittwoch, den 1. Juli — 15. Juli

| | |
|---|--|
| Herren-Anzüge aus guten Phantasie-Cheviots . . . von M. 32.- | Damen-Kleider aus Wollmischstoffen . . . von M. 27.- |
| Herr.-Sport-Anzüge aus vorzügl. Phantasie- u. Lodenstoff v. M. 38.- | Damen-Kleider aus Gabardinenstoffen 12.50 |
| Jünglings-Anzüge aus haltbaren Phantasie-Cheviots v. M. 32.- | Damen-Kleider aus Wollkroppstoffen 25.- |
| Jgl.-Sport-Anzüge aus gut. Phantasie- u. Lodenstoffen von M. 18.- | Damen-Kleider aus Crêpe Marocain 22.- |
| Kinder-Anzüge aus gut. haltbaren Phantasie- u. Lodenstoffen von M. 15.- | Damen-Kleider aus Waschseide 18.75 |
| Kinder-Anzüge aus Waschstoffen von M. 6.25 | Backfisch-Kleider aus Musselin-Staffen 5.- |
| Herren-Ulster aus vorzüglichen Sportstoffen . . . von M. 35.- | Backfisch-Kleider aus weill. Cheviotstoffen . . . von M. 7.50 |
| Gummi-Mäntel . . . von M. 18.- | Mädchen-Kleider aus Musselin von M. 3.50 |
| Herren-Hosen aus haltbaren gestreiften Stoffen . . . von M. 5.50 | Damen-Blusen aus Zephyrstoffen von M. 3.50 |
| Dam.-Sport-Kostüme aus gut. Phantasie- u. Lodenstoff v. M. 25.- | Damen-Blusen aus Vollwolle . von M. 4.95 |
| Damen-Kostüme aus relativem Kammergarn . . . von M. 39.- | Damen-Blusen aus Wollstoffen u. Kasack aus Waschkrepp von M. 5.50 |
| Dam.-Kostüme aus reinw. ein- u. gestreiften Cheviots . . . von M. 75.- | Damen-Röcke aus gestreiften Frotteestoffen . . . von M. 5.50 |
| Damen-Mäntel . . . von M. 5.50 | Damen-Röcke aus gut. blauen u. schwarzen Kammergarnstoffen von M. 7.50 |
| Damen-Kleider aus Musselin- u. Vollwollstoffen . . . von M. 9.75 | Damen-Röcke aus gestreiften Wollcheviots . . . von M. 9.50 |

E.O.S.

Schuh = Pflege
für die Reise
unentbehrlich!

Gebrüder Kroner, Berlin O. 17.

Theater, Lichtspiele usw.
Berliner Theater
Anneliese v. Dessau

Berliner Prater
Kastanienallee 7-9
Täglich:
Gr. Varieté-Vorstellg.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Theater im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr:
Chocolate Kiddies
Amerikas größte farbige Künstler! Sonntag-Vorstellung 3 1/2 und 5 1/2 Uhr. Die Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die Göttin auf der Balz
Lustspiel von Hans Bachwitz

Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Die blaue Stunde
Lustspiel von Felix Josky

Romische Oper
8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Berlins erfolgreichste Revue:
Das hat die Welt noch nicht geseh'n
Sommerpreise!

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Angele
Komöd. v. Haribonen
Der Arzt selber
Ehre
Ortleske v. Mongré

Erfinder — Vorwärts
Herbende gute Verdienstmöglichkeit! Aufklärung und Anregung geb. Broschüre „Ein neuer Welt“ gratis durch Erdmann & Co., Berlin, Königsplatz Straße 71.

Dr. med. Henschel & Co.
Mastrinkkur
Bestandteile: Sal. term. Karlsbad fact. 20. Essigsäure fact. 10. Merrenthelm fact. 60. Bertrich fact. 65 Sant. tehl.
Verlangen Sie in Apotheken und Drogerien unsere anfallende Broschüre kostenlos.

Unsägliche Schmerzen
erzeugen Sie sich bei Gallen- und Leberleiden durch den Gebrauch einer

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 U.: Die Frau ohne Schatten
Opernhaus am Königplatz
8 U.: Evangelinmann
Schauspielhaus
7 1/2 U.: Rhein. Rebellen
Schiller-Theater
7 1/2 U.: Glückspilz
Volksbühne
7 1/2 U.: Plesko

Deutsch. Künstlerbund
Heute ab 8 U. 30 Min.
Tägl. 8 Uhr
Monsieur Trulala
Musik von Hugo Wirth

Operettenhaus
an Schlosspark
Heute 8 Uhr
Der kleine Kuppler
(in dem wir reisen)

Wallner-Theat.
Tägl. 8 Uhr
Meiseken

Komödienhaus
7 1/2 Uhr:
Der letzte Kuß

Central-Theater
8: Hilfe, ein Kind ist v. Himmel gefallen!
Metropol-Theat.
8 1/2 Uhr: Tausend süße Beinechen

Th. d. Westens
Steinpl. 931 8 U.:
USCHI
v. Jean Gilbert
v. Ueli Elmer, Fr. Schall
Liederbuch Berlin

Wegen d. großen Andrangs an d. Abend 2. Sine d. Vorverkauf zu benutzen.

Th. L. Komon.-Str.
8. U. 15 Min. Lada-Str.
8 1/2 U.

Durch den Rundfunk!

Theater a. Keith. Tor
Tägl. 8 Uhr:
Elfe-sänger
Konkurrenzlose Juni-Programme.

TOPPE SPRINGER
tritt nach seinem Unfall wieder auf

Der Feuersprung
aus 28 Meter Höhe

ULAP
Riesen-Variété
10 Kapellen
Premieren-Konzert
von 4 - 8 Uhr
Eintritt 20 Pfennig
von 5 - 9 Uhr
Eintritt 50 Pfennig

Reichshallen-Theater
8 Uhr Letztes Auftreten der Steitner-Sänger vor ihrem Urlaub
Morg. 1. Akt: 1. Gastsp. d. berühmte
Dresdn. Viktoria-Sänger
Dönhoff-Brett'l:
Saal und Garten
Zum letzten Male:
Karl Braun

LUNA PARK
Konzert
des Berl. Philh.-Orch.
6 Borrys und gr. Attrakt.-Programm

Heute Volkstag
Eintritt 60 Pfennig
Brillant-Feuwerk
Heute Lunapark-Spende durch Hackebeils „Illustrierte“.

WINTERGARTEN
Der glänz. Juni-Spielplan (siehe unten)

Ein zahnendes Kindchen

Jeden Tag freut es sich auf seinen köstlichen **DENTADE-Brei**, der das Zahnieren erleichtert und dem jungen Körper die wertvollsten Aufbaukräfte gibt.

Dr. med. A. HENSCHEL & Co., G. m. b. H., Berlin NO. 43.
Verlangen Sie unsere Gratis-Broschüre bei den Haupt-Niederlagen: Simons-Apotheke, Älteste Apotheke Berlins, C. 2, Merkur 3000-3004; Arminius-Apotheke, N. 34; Luisenstädtische Apotheke, SO. 16; Friedrich-Wilhelmstädtische Apotheke, NW. 6.

Zollwucher und Bekleidungsnot.

Hohe Rohstoffzölle — teure Bekleidungswaren.

Um den Spinnerkartellen die Monopolgewalt zu stärken und die schnellere Bereicherung der Garnkapitalisten zu fördern, willigte die Regierung in eine Erhöhung der Garnzölle bis zu 275 Proz. Das hatte zur Folge, daß dann auch der Zoll auf die Erzeugnisse aus Garn erhöht wurde, denn man redete den Garnverbraucher ein, die durch höhere Garnzölle hervorgerufene verminderte Konkurrenzfähigkeit werde ausgeglichen durch höhere Zölle auf Web- und Wirkwaren. Die Hersteller von Web- und Wirkwaren werden ihr blaues Wunder erleben, wenn die erhöhten Zölle Geseh werden sollten. Worüber klagt denn die Fertigungsindustrie fortgesetzt? Darüber, daß der Umsatz ganz gewaltig zurückgegangen ist, demzufolge die Betriebe nicht so viel Aufträge bekommen, um voll ausgenutzt werden zu können, und daß durch den großen Leerlauf der Betriebe die Unkosten für das Produkt einen jede Konkurrenzfähigkeit vernichtenden Umfang annehmen. Soll das besser werden, so

muß der Umsatz größer werden,

damit der Leerlauf aus den Betrieben verschwindet. Vor einigen Wochen erst trat auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Reuhaus im Reichshaushaltsauspruch diese Auffassung vor.

Aber Theorie und Praxis sind beim Reichswirtschaftsministerium verschiedene Dinge. Es ist doch diesem Ministerium nicht unbekannt, wie nötig gerade eine Verbilligung auf dem Textilwarenmarkt wäre, denn es sagt in der Begründung der höheren Wollgewebezölle:

„Die Preise für Wollstoffe und Tuche betragen mehr als das Doppelte der Vorkriegspreise.“

Diese Erkenntnis veranlaßt die Regierung aber nicht, einem Preisabbau die Wege zu ebnen, sondern noch einen Preisabbau vorzunehmen. Sie will die Zölle auf wollene Oberbekleidungsstoffe, die sich bisher in einer Staffel von 135 bis 220 M. bewegten, auf eine Staffel von 260 bis 420 M. pro Doppelzentner erhöhen. Und da der Zoll von den inländischen Verbrauchern getragen werden muß, wird diese Steigerung des Preises den Umsatz noch vermindern, die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken steigern.

Es ist also eine schwere Täuschung, wenn sich die Garnverbraucher von dem Gerede einsparen lassen, höhere Zölle auf die Erzeugnisse seien geeignet, die durch höhere Garnzölle beeinträchtigte Konkurrenzfähigkeit auszugleichen.

Daß die höheren Zölle auf Garn die Ursache sind für die höheren Zölle der garnverarbeitenden Industrie, das sagt die Regierung in der Begründung selbst. Es heißt da in der Begründung zu Nr. 433 bis 435:

„Bei der hohen Leistungsfähigkeit unserer Wirkwarenindustrie sind nur solche Zollserhöhungen vorgeschlagen worden, die durch die Garnzollerhöhung unumgänglich notwendig wurden.“

Damit erklärt die Regierung selbst, daß ihre verhängnisvolle Garnzollpolitik die weiterverarbeitende Industrie in den Strudel neuer Schwierigkeiten hineinreißt.

Die Seidenzölle und ihre Folgen.

Wohin diese ganze Zollpolitik führt, dafür liefert ein sehr lehrreiches Beispiel die deutsche Seidenindustrie. Dieser Industrie sind in der Inflationszeit die Zölle auf Seidengewebe usw. ganz beträchtlich erhöht worden, weil man diese Waren als Luxuswaren ansah. Immer nämlich, wenn ein Vorschlag auf neue Zollserhöhung kam, ließ es sich die Seidenindustrie sehr gerne gefallen, wenn man, um den höheren Zoll durchzusetzen, von Luxuswaren sprach. Zu anderen Zeiten freilich hat sich die Seidenindustrie, und zwar ganz berechtigterweise, dagegen gewehrt, wenn man, z. B. bei dem inneren Zoll, der Umsatzsteuer, alle ihre Produkte kurzerhand als Luxusware bezeichnete. Sie sind es nicht. Viele Taigewebe und auch undichte sind heute Bekleidungsstoffe der Mädchen und Frauen aus allen Ständen. Über der Zolllast für taftbindende Seidengewebe z. B. ist auf die oben erwähnte Weise vom 300 M. auf 3200 M. hinaufgeschleift. Das sind reine Speckzölle, die jeden Wettbewerb ausländischer Industrien auf dem deutschen Markt ausgeschlossen haben. Man sollte nun annehmen, daß, wenn die Schutzzölle wirklich so furchtbar sind, wie es ihre Befürworter behaupten, die deutsche Seidenindustrie heute, sowohl in ihrer qualitativen Leistung, als auch in bezug auf allgemeine Konkurrenzfähigkeit auf der Höhe sein müßte. Das ist aber keineswegs der Fall. Aus den Klagen, die vom Großhandel und von der Konfektion erhoben werden, geht etwa das Gegenteil hervor.

Das Ausland wird billiger beliefert als das Inland.

Ein Großhändler in Frankfurt a. M. berichtet im „Konfektionär“, daß die deutsche Seidenwarenfabrik den deutschen Abnehmer zu höheren Preisen bedient, wie ihren Abnehmer im Ausland. Hier wird das bestätigt, was so oft als Folge der hohen Zölle verzeichnet werden muß. Der Verein Deutscher Seidenwebervereine bestrittet das auch gar nicht. Er sagt vielmehr, das müsse er tun, um den ungenügenden Absatz im Ausland zu vermehren. Und er gibt zu, daß die Ware vielfach zum Selbstkostenpreis und darunter abgegeben werde. Man stelle sich vor, wozu das die deutschen Abnehmer der Textilprodukte führt, wenn ihre Lieferanten ihre durch hohe Zölle geschützte Monopolgewalt alle so anwenden, wie die Seidenindustrie. Denn alle werden sie natürlich verloren gegangenen Absatz im Ausland wiedergewinnen wollen. Dann werden die deutschen Textilwaren ins Ausland zum Selbstkostenpreis und darunter verschleudert, und der Verbraucher im Inland wird mit Hilfe der Zölle gezwungen, Unkosten und Gewinnquote für jene ins Ausland verschleuderten Waren zu tragen.

Dazu kommt, daß die hohen Zölle, die den Wettbewerb ausländischer Industrien aufheben, sehr leicht zu einer Hemmung der Leistungsfähigkeit führen. Das wird auch der deutschen Seidenindustrie zum Vorwurf gemacht. In einer von der Deutschen Konfektion ausgearbeiteten Denkschrift wird gesagt:

„Während früher auch im Inlande der Wettbewerb mit den ausländischen Seidenherstellern bestanden werden konnte, ist dieser nun seit einem Jahrzehnt so gut wie ausgeschlossen. . . . Eine eigentliche Befruchtung unserer Industrie durch wechselseitige Beziehungen mit dem Ausland hat während dieser umfangreichen Zeitspanne gefehlt, und, es ist bedauerlich, daß es gesagt werden muß, zur Vernachlässigung der deutschen Seidenindustrie geführt. Während früher der deutsche Seidenstoffabrikant in der ganzen Welt eine beherrschende Stellung eingenommen hat, muß er heute feststellen, daß er auf einen Grad herabgesunken ist, den man früher nicht als Maßstab seiner Leistungsfähigkeit an ihn anzulegen gewagt hätte. . . . Wir sehen mit größter Sorge der Entwicklung derjenigen unserer Firmen entgegen, die angesichts ihrer geräumten Stofflager bei inländischen Stofffabrikanten Bestellungen machen müßten, und nunmehr, wenn die Stoffe für den Export verwendet werden sollen, die Feststellung machen müssen, daß sie im Ausland geradezu unverkäuflich sind. Die dadurch entstehende Wirtschaftskrise wird sich auch zwangsläufig gegen die Stoffindustrie selbst richten, so daß sie letzten Endes ein eigenes Opfer des von ihr so mit Nachdruck verlangten Prohibitivzölles werden muß.“

Die Textilzölle sind demnach ein Mittel, das zur Tragheit, ja gewissermaßen zur Verkalkung unserer Textilwirtschaft führt. Das können wir aber jetzt am allerwenigsten gebrauchen. Was wir brauchen, das ist der frische Luftzug des friedlichen industriellen Wettbewerbs der Völker. Dieser Wettbewerb spannt die Triebkraft, die wir brauchen, um unsere Textilwirtschaft zu einem lebensfähigen und geschätzten Zweige der Weltwirtschaft zu machen. Deshalb weg mit dieser verderblichen Zollpolitik.

Leib- und Bettwäsche soll verteuert werden.

Bis weit in die Kreise des gewerblichen Mittelstandes und der Beamten hinein ist eine große Wäschnot vorhanden. Gut versorgt sind in der Regel außer den Reichen, die sich ja alles leisten können, weite Kreise der großen und mittleren Landwirtschaft, die in der Inflationszeit mit den Lebensmitteln als begehrtesten Sachwerten an Wäsche- und anderen Textilstoffen zuimmerrasteten, was sie nur erlangen konnten. Die durch die unzureichenden Löhne geschmälerte Kaufkraft, die häufig noch eine zur Verarmung treibende Verschlechterung durch lange Erwerbslosigkeit erfuhr, ließ es bisher bei Hundertausenden von proletarischen Familien nicht zu, an einen Erwerb in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aufgebrauchten Wäsche zu denken.

Darum kummert sich die Reichsregierung nicht. Ihre einzige Sorge ist, wie sie die kapitalistischen Kreise befriedigen kann, die durch hohe Schutzzölle ihre verbraucherhädigenden Monopole noch mehr befestigen wollen. Denn aus nichts anderem läuft die ganze Schutzpolitik für diese Massenverbrauchsartikel hinaus. Die Zollsätze für so wichtige Massenverbrauchsartikel, wie z. B. Taschentücher aus Leinwand, und Leinengewebe überhaupt, werden exorbitant hinaufgeschraubt, ohne daß eine Notwendigkeit dafür vorhanden ist. Wäschstoffe aus Leinen und Baumwolle für den Massenverbrauch sollen außerordentlich verteuert werden. Die Zölle für Baumwollgewebe, Tarif Nr. 453 bis 455, werden durchweg um 100 Proz. erhöht. Statt der Staffelung von 50 bis 170 M. pro Doppelzentner sollen wir eine solche von 100 bis 340 M. erhalten. Und wozu wird das begründet? Mit der Erhöhung der Zölle auf Baumwollgarn. Tatsächlich heißt es: „Die vorgeschlagene Erhöhung für Baumwollgewebe entspricht den in Aussicht genommenen Garnzöllen. Also erst 100 Proz. Erhöhung der Garnzölle und dann weitere 100 Proz. Erhöhung der Gewebezölle! Aber nun erst die

Erhöhung der Zölle auf Leinengarne und Leinengewebe.

Hier ist man sogar weit kräftiger ins Zeug gegangen. Die Leinengarnzölle werden aus der Staffelung von 6 bis 13 M. in eine solche von 15 bis 32,50 M. gebracht; also eine Erhöhung von 150 Proz. Die Zollsätze für Leinengewebe sollen aber noch mehr gesteigert werden. Und zwar soll der Zoll auf Taschentücher, der sich bisher in einer vierstufigen Staffel zwischen 160 bis 290 M. bewegte, auf eine achtfache Staffel gebracht werden, und er soll sich zwischen 180 und 960 M. pro Doppelzentner bewegen. Die Zollsätze der Leinengewebe in den Tarifnummern 492 und 493 bewegten sich bisher zwischen 40 und 120 M. Sie sollen in Zukunft zwischen 90 und 810 M. für den Doppelzentner betragen. Man komme uns nicht und sage, es handle sich um die feinen Leinengewebe, die mehr von den wohlhabenden Kreisen gekauft würden. Wir kennen dieses zoll- und steuerpolitische Rohstoffsäckchen zur Genüge.

Der hohe Zoll auf diese Leinengewebe bringt eine ganz erhebliche Erhöhung der Preise für alle Wäschstoffe.

Wer hat denn beim Einkauf solcher Stoffe für Bett- und Leibwäsche den Zolltarif bei sich und kontrolliert Fadenzahl und Gewicht des Gewebes? Das macht höchstens der Grobhandhändler, aber nicht die Frau des Arbeiters und die aus dem Mittelstand. Dem Betrag und der Lebensnotwendigkeit der ärmeren Bevölkerung wird so die Arbeit erleichtert.

Dazu kommt aber noch ein weiteres. Unsere Wäscheindustrie wird aus dem Auslandsmarkt nur bestehen können, wenn sie hochwertige Qualitätsware hinausbringt. Diese muß meist aus feinem Leinengewebe hergestellt werden. Wie soll diese Industrie auf dem Auslandsmarkt bestehen, wenn man ihr den Rohstoff in dieser Weise verteuert? Und daß der Zolltarif auf dem Inlandsmarkt immer im Preise wirksam sein wird, dafür wird die gut organisierte Flachs- und Leinenindustrie schon sorgen. Wie die Regierung dazu kommen konnte, gerade den Flachs- und Leinenbetrieben solche unerhörten Zölle zu bewilligen, das ist das Unverständlichste mit, was sich in dem Zolltarif zeigt. Diese Betriebe haben ihre Produktivkräfte so entwickelt, daß sie den Wettbewerb aufnehmen können. Sie haben im Kriege, mit wenigen Ausnahmen, schweres Geld verdient, da die Rohstoffpreise für sie nicht so schwierig war, wie in der Woll- und Baumwollindustrie. Und es ist einfach eine Täuschung, wenn in der Begründung der Flachs- und Leinenzölle auf die nordfranzösischen und belgischen Spinnereien hingewiesen wird, die, nachdem sie wieder aufgebaut

sind, mit den besten Maschinen ausgerüstet seien und unserer Industrie nun das Leben schwer machen sollen.

Rein! Die Dinge liegen so: Wohl in keiner anderen Fachgruppe ist eine so

starke, monopolartig wirkende Organisation

vorhanden, wie in der Leinenindustrie. Diese Organisation erblickt bei der Neuregelung der Zölle eine günstige Gelegenheit, ihre Monopolmacht durch Zölle, die geradezu wie Prohibitivzölle wirken, gewaltig zu verstärken. Einem anderen Zweck dienen diese Zölle nicht. Mit Schutz der Industrie, um sie vollwertig zu machen, haben diese Zölle nichts zu tun. Die Leinenindustrie ist vollwertig in ihrer Leistungsfähigkeit, und daher sind die exorbitanten Zölle für die Wäschstoffe eine unerhörte Herausforderung des ganzen notleidenden Volkes.

Hermann Krähig.

Gegen die Textil-Hochschutzzölle.

Denkschrift des Reichsbundes des Textileinzelhandels.

Eine Denkschrift des Reichsbundes des Textileinzelhandels an den Reichstag, die sich mit der Zollvorlage befaßt, ist jetzt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Sie wendet sich in scharfer Form gegen die hochschutzzöllnerischen Tendenzen der Zolltarifvorlage. Die Mehrbelastung, die den deutschen Verbrauchern durch die von der Regierung vorgeschlagene, zum Teil maßlose Erhöhung der Textilzölle auferlegt werden soll, überschreitet, so wird dort ausgeführt, bei Zugrundelegung der Einfuhrziffern des Jahres 1924 50 Millionen Reichsmark. Die Zollvorlage ist nach Ansicht des Reichsbundes geeignet, die wirtschaftliche und soziale Lage weiter Kreise des Volkes ernstlich zu bedrohen:

„Die Zoll- und Handelspolitik der Reichsregierung in den letzten Jahren hat eine empfindliche Verfleinerung des Inlandabjages herbeigeführt, die nicht nur sozial sehr einschneidend gewirkt hat, sondern auch die Grundlagen verkommen lieh, auf der allein das Auslandsgehalt entwickelt werden konnte. Sie steht in vollem Widerspruch zu der von der Regierung immer wieder betonten Notwendigkeit einer Senkung des Preisniveaus sowie im Gegensatz zu dem für die deutsche Wirtschaft bestehenden unausweichlichen Zwange, die von Deutschland nach den Beschlüssen der Londoner Konferenz übernommenen Lasten ohne Gefährdung der deutschen Währung durch größtmögliche Steigerung der Ausfuhr aufzubringen. Nach unserer Auffassung hat diese Politik wesentlich dazu beigetragen, daß die Handelsbilanz des Deutschen Reiches sich immer mehr verschlechterte und besonders für das Jahr 1924 ein sehr beunruhigendes Ergebnis zeigt. Es besteht die große Gefahr, daß die Passivität der deutschen Handelsbilanz sich weiter erhöht, wenn der Regierungsentwurf zum Gesetz erhoben wird, denn die darin vorgesehenen Zollsteigerungen müssen zwangsläufig Repressalien der anderen Länder hervorzurufen und die Entstehungskosten der heimischen Ausfuhrartikel zu steigern, daß sie im Sinne einer Selbstblockade wirken.“

Der Reichsbund macht dann im einzelnen Vorschläge über Zölle, die nach seiner Ansicht für die Wirtschaft tragbar wären, und betont, daß diese Vorschläge die äußerste tragbare Grenze darstellen. Er setzt voraus, daß die Zollsätze, die er vorschlägt, durch die Handelsvertragsverhandlungen eine bedeutende Ermäßigung erfahren. Er wünscht ferner, daß alle Drohsellungen der Einfuhr von Textilwaren, soweit sie noch bestehen, beseitigt werden und daß entsprechende Anteile hierfür geschaffen werden.

Stinnes-Liquidation. Aus sicherer Quelle erfährt der Soz. Vorkessdienst, daß Edmund Stinnes seine Interessenverbindung mit der Automobil-Verkehrs- und Uedungsstraße A.-G. in Berlin (Haus) gelöst hat. Außerdem wird bekannt, daß die Stinnes'sche Refinanzgesellschaft, wozu auch die Deutsche Eisenbahn-Refinanzgesellschaft und ihre Tochterfirma, die Allgemeine Werbegesellschaft, gehören, wahrscheinlich in andere Hände übergehen. Ueber den Verkauf des Stinnes'schen Hafengeländes (Albe) an den preussischen Staat veröffentlicht ein Hamburger Großhändler im „Berliner Tageblatt“ sehr interessante Darlegungen. Es ist schon von vielen Seiten betont worden, daß der Preis für das Hafengelände von 5 Millionen Mark unwahrscheinlich hoch erscheint. Der Hamburger Importeur erinnert nun daran, daß Stinnes das Hafengelände vom preussischen Staat gekauft hat. Der Preis sei damals nicht bekannt geworden. Er fordert deshalb die Bekanntgabe der Kaufsumme. Das wäre nur zu wünschen, da man ganz allgemein in den letzten Tagen den Eindruck einer besonderen Bevorzugung der Stinnes'schen Interessen durch gewisse Stellen der Regierung hat.

Dejers Stellvertreter. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat, einem Antrag des Generaldirektors Dejer entsprechend, die Stellung eines ständigen Vertreters des Generaldirektors geschaffen und den Reichsbahndirektionspräsidenten Dörpmüller zum Direktor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und ständigen Stellvertreter des Generaldirektors ernannt. Diese Ernennung bedarf nach § 19 der Satzung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft der Bestätigung des Reichspräsidenten. Präsident Dörpmüller, der den Ruf eines hervorragenden Fachmanns und guten Wirtschaftstenners genießt, wurde auf Grund seiner umfassenden Erfahrungen zu den Beratungen über das Dawes-Gutachten und das Reichsbahngesetz und -statut zugezogen. In den Londoner Verhandlungen beteiligte er sich in weitestgehendem Maße.

Kommerzienrat Dr. Emil Guggenheimer, der noch vor einigen Tagen auf dem Kölner Industrieitag die steuerlichen Interessen der Schwerindustrie vertrat, ist am Montag in Berlin plötzlich einem Herzleiden erlegen. Guggenheimer war von Haus aus Jurist, Richter und Staatsanwalt und trat dann, schon ein reifer Mann von 40 Jahren, über die Rührberg-Augsburger Maschinenfabrik A.-G. in den Dienst der Industrie. Er ist die typische Persönlichkeit für die enge Verbindung zwischen Staat und Schwerindustrie, die sich um die Jahrhundertwende vollzog. Im Dienste der Industrie behandelte er besonders sozialpolitische Fragen und stand, besonders später im Zentralverband der Arbeitgeber, durch seine prononzierte Art immer im schärfsten Gegensatz zur Arbeiterschaft, besonders zu den Gewerkschaften. Im Zentralverband gehörte er mit zu den Inspiratoren eines sozialpolitischen Kurses, der durch Namen wie Dr. Lenzler

die große gehaltvolle 3/8 Zigarette
jetzt auch **dick, rund**
ohne Mundstück
einzig in ihrer Art

genügend gekennzeichnet wird. In Guggenheimer, der nur etwas mehr als 65 Jahre alt geworden ist, geht ohne Zweifel eine ganz hervorragende juristische Persönlichkeit mit großer wirtschaftlicher Begabung dahin.

Umorganisation der österreichischen genossenschaftlichen Großhandelsvereine. Die Großhandelsvereine für Konsumvereine in Deutsch-Österreich (Göc) hat auf ihrer 17. Generalversammlung dieser Tage eine Umorganisation vorgenommen, die die Leistungsfähigkeit dieses Genossenschaftsunternehmens außerordentlich zu steigern geeignet ist. Bisher war es eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Nachdem der Geschäftsumfang des Unternehmens derart angewachsen ist, daß diese Unternehmensform nicht mehr ausreichte, hat man sie jetzt zu einer „Genossenschaft der Genossenschaften“, zu einem Wirtschaftsverband der Konsumvereine umgegründet. Damit tritt die Göc in die steuerrechtlichen Vorteile, die Deutsch-Österreich den Genossenschaften gewährt. — Außerdem werden die konsumgenossenschaftlichen Warenhausorganisationen in einer Dachgenossenschaft vereint.

Die russischen Erdölkonzessionen. Die Sowjetregierung gewährte bisher vier Erdölkonzessionen an Ausländer. Ueber die Erfolge der Konzession der Societa Miniera Italo-Beighe di Georgia in der Schiraksteppe und des norwegischen Konzerns Norof, ist uns Näheres nicht bekannt geworden. Die zwei anderen Konzessionen bekamen amerikanische Interessenten, die International Barnsdall Oil Corporation und die Sinclair-Gruppe in Archachalin. Beide Konzessionen wurden einbezogen, die der Sinclair-Gruppe nach dem Zustandekommen des russisch-japanischen Uebereinkommens, das teilweise durch den japanischen Wunsch nach den Erdölfeldern Sachalin hervorgerufen wurde. Die Geschichte des russischen Petroleums deutet nicht nur auf die weltpolitische Rolle des Erdöls hin, sondern auch auf die großen Schwierigkeiten der neuen wirtschaftlichen Politik Rußlands.

Reichsjugendtag des ZöA.

Bielefeld, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am 27. und 28. Juni fand hier der zweite Reichsjugendtag des Zentralverbandes der Angeestellten statt. Am Sonnabend tagte die Konferenz der Jugendleiter, an der 90 Delegierte aus über 80 Orten teilnahmen. Im Anschluß an die Begrüßungsreden wurde von Bischoff und Diederich, Berlin, der Geschäftsbericht erstattet. Aus ihm ergibt sich, daß auch die Arbeit in den Jugendgruppen des ZöA, sehr erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Seit 1921 haben sich die Jugendgruppen stark entwickelt. Von 700 Ortsgruppen haben 164 Jugendgruppen, 42 Ortsgruppen haben ein eigenes Heim; 29 können städtische Heime und 30 Ortsgruppen müssen noch Gastwirtschaften benutzen. Das Verhältnis zur sozialistischen Arbeiterjugend und zum Ausschluß der deutschen Jugendverbände war im allgemeinen durch Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung gekennzeichnet.

Zur Regelung der Urlaubsfrage für Jugendliche wird ein Reichsgesetz und die Gewährung bzw. Bezählung von 3 Wochen Urlaub für erwerbstätige Jugendliche unter 16 Jahren und 2 Wochen für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren gefordert. Gegen die Herabsetzung der Fahrpreisermäßigung für Jugendliche durch die Reichsbahn wurde Protest eingelegt.

In einem Referat über die Jugendarbeit des Verbandes führte Ho aus, daß der ZöA, größten Wert darauf lege, mit den Wünschen und dem Willen der Jugendlichen in engster Fühlung zu bleiben. Durch intensive Aufklärungsarbeit sei die Grundlage der Erziehung zum Sozialismus zu schaffen. Berufliche und körperliche Erziehung seien wichtige Gebiete der Jugendarbeit. Eine im Sinne dieser Ausführung gehaltene Entschließung der Reichsjugendleitung wird angenommen, außerdem ein Antrag der Jugendgruppe Groß-Berlin, der alle Jugendmitglieder des ZöA, auffordert, sich des Alkohols und Nikotingenusses zu enthalten.

Am Nachmittag hielt Schröder-Berlin einen Vortrag über das Lehrlingswesen, der seinen Niederschlag in zwei einstimmig angenommenen Entschließungen fand. Sie verurteilen die geltenden gesetzlichen Vorschriften über das kaufmännische Lehrlingswesen als unzureichend und fordern die beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes über die Berufsausbildung, das den in Artikel 122 der Reichsverfassung versprochenen Schutz der Jugend vor Ausbeutung, sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung bringt. Weiter wird gefordert, daß Schule, Lehr- und Arbeitsstelle zu einer Einheit in der Berufsausbildung gemacht werden. Die Reichsjugendkonferenz begrüßt die Stellung des preussischen Ministers

für Handel und Gewerbe, nach der auch in Zukunft grundsätzlich an dem Tages- bzw. Vormittagsunterricht festzuhalten ist.

Walter Eichbach referierte dann noch über die Jugendbildung in der Gewerkschaft, deren Zweck sei, den Jugendlichen mit den Zusammenhängen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur bekannt zu machen, sondern ihn auch innerlich mit dieser Erkenntnis zu durchdringen. Nur der wissende, erkennende Mensch sei in der Lage, bewußt für die Befreiung seiner Klasse zu kämpfen. Der Redner fordert schließlich die gewerkschaftliche Berufsbildung, da die Bildung in den Betrieben nicht ausreicht und hält daneben die Vermittlung einer Allgemeinbildung für erforderlich.

Der Abend war mit einem Fest auf dem Burghof der Sparrenburg ausgefüllt. Am Sonntag fand eine machtvolle republikanische Kundgebung auf dem Schillerplatz statt, wobei, von großem Jubel begrüßt, Genosse Löbe zur Jugend des ZöA sprach.

Betriebsrätekonferenz der Textilindustrie

Ceppig, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am 28. Juni tagte im Volkshaus eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Betriebs- und Aufsichtsräte der Textilindustrie, die vom Verbandsvorsitzenden Genossen Jäckel geleitet wurde.

Genosse Apelt referierte über die bisherige Praxis der freigewerkschaftlichen Betriebsräte in den Aufsichtsräten. Der Referent schilderte, wie mit jedem Tage seit dem Frühjahr 1920 die Widerstände der Unternehmer gegen die Betriebsräte wuchsen und sich bei diesen selbst infolge der wirtschaftlichen Notlage das Interesse an den neuen Funktionen immer mehr verringerte. Die Betriebsräte hätten darauf zu achten, daß sich die Arbeiterschaft nicht durch unflüchtige Ueberarbeit ins eigene Fleisch schneide. Durch die sorgfältige Führung von Betriebsstatistiken könne man manchen Schwierigkeiten aus dem Wege gehen. Größte Aufmerksamkeit sei der Unfallverhütung zuzuwenden. Bei Streitigkeiten müsse die Gewerbeaufsicht angerufen werden. Wo irgend möglich, müßten Venstonskassen ins Leben gerufen werden. Es empfehle sich nicht, die Schlichtungsinstanzen anzurufen, da sie in 90 Proz. aller Fälle dem Arbeitgeber geben. Bedauerlich sei, daß die Betriebsräte im Aufsichtsrat nur stille Zuhörer sind. Strittig sei, ob die Betriebsratsmitglieder zur Generalversammlung herangezogen werden müssen, da das Gesetz hierüber nichts bestimme. Aber alle gesetzlichen Rechte seien ohne jeden Vorteil für die Arbeiterschaft, wenn diese nicht die Ausbildung erfare, die sie in der Lage verlege, von diesen Rechten den richtigen Gebrauch zu machen. Daher müsse jedem Arbeiter empfohlen werden, alle für ihn erreichbaren Bildungsmittel auszunutzen.

Geheimrat Dr. Bachem, Direktor der Arbeiterbank, sprach über die Aufgaben und die Praxis der Aufsichtsräte in den Textilbetrieben. Die Unerfahrenheit der Betriebsräte im Aufsichtsrat habe ihre Ursache insbesondere in dem Bestreben der Unternehmer, die Aufsicht der Betriebsräte zu hemmen. An ihrer ungünstigen Stellung sei die Arbeiterschaft nicht ganz unschuldig, da sie die Zeit der Weimarer Nationalversammlung ungenützt gelassen habe. Die Betriebsratsmitglieder haben das Recht, Bücher und Schriften der Gesellschaft einzusehen, die Bilanz zu prüfen und der Generalversammlung Bericht zu erstatten.

Es folgte dann ein Referat des Genossen Schulz-Berlin, der sich mit dem freigestellten Betriebsrat als Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Kampf um die Wirtschafts-demokratie beschäftigte. Dieser Betriebsrat habe große Aufgaben zu erfüllen. Das sei ihm aber nur möglich, wenn er über das notwendige Wissen verfüge. Dazu gehöre insbesondere eine vollständige Kenntnis der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft müsse so geführt werden, daß auch eine Verbindung mit anderen Ländern möglich sei. Hand in Hand mit der vorantreibenden Wirtschaftspolitik habe die Demokratisierung der Betriebe zu gehen. Die Herbeiführung der Wirtschaftsdemokratie werde nur nach heftigen Kämpfen möglich sein, in denen die Betriebsräte an erster Stelle stehen.

In verschiedenen Entschließungen wird der Verbandsvorstand aufgefordert, die Betriebsratbewegung mit allen Mitteln zu fördern und von den Regierungen des Reiches und der Länder die Bereitstellung größerer Mittel zum Zwecke der Schulung der Arbeiterschaft zu fordern. Gegen die Hochschulgülle der Regierung Luther wird energisch Protest erhoben. Der Verbandsvorstand soll gemeinsam mit dem ADGB seine Bemühungen zur Abwehr dieses neuen Raubzuges auf die Taschen des deutschen Volkes fortsetzen.

Einheitsverband der Eisenbahner.

Erste Tagung.

Köln, 28. Juni.

Der Deutsche Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten traten am Sonnabend morgen zur ersten gemeinsamen Tagung zusammen. Hauptvorsitzender Scheffel vom DGB, begrüßte die Tagung und übermittelte ihr die besten Wünsche der ausländischen Bruderorganisationen. Scheffel wies darauf hin, daß neben der jetzt glücklich zustande gekommenen Einheitsorganisation noch die Schaffung von Kartellverträgen vorgesehen sei, die besonders den Organisationen des Verkehrsgebietes eine stärkere Aktionsfähigkeit verleihen werde. Weiter betonte er, daß der Zusammenhalt auch schon deshalb begrüßt werden müßte, weil die Technisierung des Eisenbahnbetriebs immer weiter fortbreite. Hier könne nur eine starke, machtvolle Organisation die Interessen der Arbeitnehmer wahren, die auch wirtschaftspolitisch etwas in die Waagschale zu werfen habe. Die erste Tagung der Einheitsorganisation der Deutschen Eisenbahner habe in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung historische Bedeutung. Das erstmal hätten sich

Arbeiter und Beamte zum Kampf um ihre soziale Besserstellung vereinigt.

Das Verhältnis müsse von einem starken gegenseitigen Vertrauen getragen werden. Kameradschaftlichkeit müsse herrschen, ohne daß das Vorgesetztenverhältnis im Betrieb zu leiden brauche. Einheitlicher Wille tue not.

Dann begrüßte der bisherige Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Menne, den Einigungskongreß. Er bedauerte, daß der Achtstundentag, der den Massen als reife Frucht in den Schoß fiel, infolge der mangelnden gewerkschaftlichen Schulung der Arbeiterschaft bald wieder verloren ging und die Einigung der Beamten und Arbeiter erst heute erfolge. Das Schicksal der neuen Einheitsorganisation werde nicht mehr „Amboß“, sondern „Hammer“ sein. (Stürmischer Beifall.)

Anschließend konstituiert sich die Generalversammlung des neuen Verbandes. Als Vorsitzende werden einstimmig gewählt: Scheffel, Menne und Hermann. Auch die Zusammensetzung der Wahlkommission und Rechnungscommission erfolgt einstimmig entsprechend den Vorschlägen.

Kaufsch-Berlin erläuterte die Einzelheiten der neuen Statuten, die (natürlich) die angeblichen Verfechter der Einheitsfront müssen Opposition machen, sobald die Einheitsfront verwirklicht wird.) Die neue Organisation erhielt den Namen:

„Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands“.

Das Gesamtstatut der neuen Organisation wird schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Als Hauptvorsitzender wurde Scheffel wiedergewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist Menne, der bisherige Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, zweiter stellvertretender Vorsitzender Kaufsch. Dem Vorstand gehören ferner an: Dräger (Kassierer), Apitzsch, Breunig, Jahn, Jochade, Kunze, Prawitz, Steinberg und Thieme als Sekretäre und 13 unbesoldete Mitglieder, die auf die einzelnen Bezirke verteilt sind.

Im Schlusswort dankte Scheffel allen, die sich um das Zustandekommen der neuen Organisation verdient gemacht haben. Er zeigte dann in großen Ebnen die Zukunftsaufgaben der neuen Organisation und betonte, daß jetzt die Delegierten die Werbearbeit für die neue Einheitsorganisation mit allen Kräften aufnehmen müssen. Nur wenn jedes einzelne Mitglied der Organisation seine Pflicht tue, werde die Organisation stark werden; nur durch Kampf werde die deutsche Eisenbahnerschaft zum Siege kommen. (Stürmischer Beifall.) Stehend sangen die Delegierten die erste Strophe der „Internationale“. Damit war die bedeutungsvolle Tagung der Eisenbahner beendet.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
10 billige Tage
in Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung
Beginn 1. Juli

Probieret Bolle Schokolade

Eine große Reklame für meine Firma soll der morgen beginnende **große Saison-Ausverkauf** sein. Die Preise sind teilweise bis zu **75%** ermäßigt.

Nur einige Beispiele aus der Fülle des Gebotenen

| | | | |
|---|--|---|--|
| Voile-Kleider 10.- 12.- 15.- farbig, modernes Machart jetzt nur | Seiden-Mäntel 39.- Ottomane u. a. Arten jetzt nur | Reinw. Kostüme 20.- 25.- 30.- blau u. farbig, teils auf Seidenfutter jetzt nur | Kinder-Konfektion etwas angestaubt, unsortierte Größen. |
| Washseiden-Kleider 10.- 12.- 15.- moderne Streifen und einfarbig jetzt nur | Frühjahrs-Mäntel 15.- 20.- 25.- moderne, teils auf Seide jetzt nur | Kleider-Röcke 7.- 9.- 12.- reinwollene, farbige, gute Qualität jetzt nur | Seiden-Kleider f. Mädchen jetzt nur 10.- Reinwollen-Strickkleider jetzt nur 3.- 5.- Kadett-Kleider 80-110 cm. jetzt nur 8.- 10.- Flanell-Sporblusen f. Knab. jetzt nur 2.- Loden-Capes f. Knaben u. Mädchen sowie Gummi- u. imprägn. Capes je nach Größe jetzt nur 7.- 9.- 12.- |
| Woll-Kleider 15.- 20.- 25.- eleg., viele Frb., gute Qual jetzt nur | Winter-Mäntel 10.- 15.- 20.- teils m. Pelz, auch große Weiten jetzt nur | Frotté-Röcke 3.- 5.- bildschöne, weiß und farbig. jetzt nur | Seiden-Kleider 15.- 20.- 25.- mod., bedruckt, ents. Form. jetzt nur |
| Seiden-Kleider 15.- 20.- 25.- mod., bedruckt, ents. Form. jetzt nur | Allwetter-Mäntel 22.- 30.- 39.- retawollene imprägnierte jetzt nur | Weiß Voile-Blusen 10.- 12.- hochel-gante, teils mit feinsten Handarbeiten und Spitzen, jetzt nur | Gesellschafts-Kleider 25.- 35.- 45.- etwas glitten, aus Seide Vel.-Chiff, Veil. jetzt nur |
| Gesellschafts-Kleider 25.- 35.- 45.- etwas glitten, aus Seide Vel.-Chiff, Veil. jetzt nur | Schwarze Voile-Blusen jetzt nur 1.50 | Kunstseidene Kasacken jetzt nur 8.- 10.- entzückende Farben | Weiße Voile-Kleider 25.- 30.- 35.- etwas angestaubt, teils m. Spitze u. Handarb. jetzt nur |
| Weiße Voile-Kleider 25.- 30.- 35.- etwas angestaubt, teils m. Spitze u. Handarb. jetzt nur | Woll-Blusen jetzt nur 3.- 8.- wundervolle Macharten | Bedruckte Kasacken jetzt nur 10.- 12.- Seide u. a. Stoffe wundervolle Farben | Trikot-Bade-Anzüge durchweg jetzt nur 1.- Verkauf nur soweit Vorrat! Aenderung und Zusendung sowie Umtausch dieser Waren ist ausgeschlossen. |
| | Seiden-Blusen jetzt nur 5.- 8.- | Hochelegante Pelz-Mäntel jetzt nur 290.- mit schwerem Damast-Futter auch große Weiten | |
| | | Pelz-Jacken jetzt nur 95.- | |

Schanghai.

Sonderbericht für den „Vorwärts“ von Richard Huelsenbeck.

Schanghai, im Frühjahr.

Es ist wie an der Elbe. Die Ufer sind voll von Fabriken mit rauchenden Schornsteinen. Die gedrungenen Silhouetten mächtiger Kräne stehen gegen den Himmel. Auf hohen Docks ruhen die schwerfälligen Leiber der Schiffe, und ein Heer von Arbeitern klopft, rennt und schreit.

Man hört den dröhnenden Bah der Schiffsdampfmaschinen, die Riesen stoßen kurze, helle Schreie aus.

Die phantastischen Buchstaben der chinesischen Inschriften bringen einem zum Bewußtsein, wo man sich befindet. Überall weht die vielfarbige Flagge der chinesischen Republik. Einzelne Dampfen bewegen sich schwerfällig auf dem Strom. Auf dem hohen, himmelblau bemalten Hinterdeck arbeiten die Kulis mit einem gleichmäßigen, hellam quälenden Gesang.

Ein Sampau, ein chinesisches Boot, bringt uns an Land. Wir stehen auf dem Broadway von Schanghai.

Die elektrischen Bahnen sind hier nicht anders als in New York. Die mächtigen Autobusse laufen mit beängstigender Fahrt durch die Straßen.

Es ist seltsam zu sehen, wie die Chinesen in diesen modernen Gefährten sitzen. Sie machen ein gleichgültiges Gesicht, so, als ob diese modernsten Erfindungen der Technik für sie eine Selbstverständlichkeit wären. Dabei haben sie die uralte molerische Tracht ihrer Väter noch nicht abgelegt, und es ist gar nicht selten, daß man noch diesen oder jenen mit einem Zopf überrascht.

Wir kommen an eine Brücke, die von fern an die Brücke über den Hudson erinnert.

Hier herrscht ein Verkehr, wie an dem berühmten „Busiest corner of the world“ der fünften Avenue.

Eine unübersehbare Schar von Rickshas drängt sich zwischen die modernen Verkehrsmittel.

Hier gibt es indische Schuhleute, ungeheuer braune Kerle, die mit einem Stabe Wagen und Menschen dirigieren. Sie haben einen weißen Turban und ein vollkommen unerschütterliches Gemüt.

Aufregung und Lärm sind hier unbekannt Dinge, jeder fügt sich dem Heben und Senken des schuhmännischen Stabes mit selbstverständlicher Nachgiebigkeit. Ganz selten einmal, wenn irgendein Rickshakuli sich mit seinem Kärlein zu weit vorgetraut hat, wenn ein halb ernster, halb melancholischer Seitenblick nichts mehr hilft, schreitet der Ader langsamen Schrittes auf den Uebelthäter zu und zieht ihn ermahnend am Ohr.

In der Rangking Road steigert sich das Leben zu einer wimmeln- den orientalischen Buntheit.

Reben den Rickshas lenken haargebobte Amerikanerinnen ihren Ford-Car. Sie schauen mit unendlicher Ueberlegenheit auf die niedere Menge herab. Manchmal sieht im Fond das ausgemergelte, etwas müde Gesicht des monneymatenden Gatten.

Sie fahren zur Rajonic-Hall, wo die Ehemänner zur Hebung ihrer sittlichen Vollkommenheit Bibelvorlesungen erhalten. Das ist Amerikanismus, die Weltanschauung des Eiswassers und der Christian Science.

Witten in der Stadt liegt ein Rennplatz, auf dem man am nächsten Tag, von Orient und Okzident zum wildesten Business ver- eint sind, die Gänse im Training galoppieren sehen kann. Irrendem leicht spleeniger Engländer, als ursprünglicher Besitzer dieses Vergnügens, hat testamentarisch die Erbschaft an ihre Unverträglichkeit abgeben. Ringsherum wachen nun die Postentragler aus der Erde, die Reihen der Autos schlängeln sich bis ins Unabsehbare, und ein Schritt weiter macht das längst ausrangierte Ross, das sonst zu nichts mehr nutz ist, seine hoch bewetteten Sprünge. Das ist einer der Gegenstände, die für Schanghai charakteristisch sind.

In der Rangking Road ist ein ewiges, festliches Fahnenwehen. Auf riesigen roten Tuchlappen flattern die chinesischen Inschriften, deren Buchstaben wie kolossale Laufendfüßer aussehen.

Hinter den Ladentischen, auf die die bunten Waren des ganzen Ostens gehäuft sind, stehen die Chinesen, geborene Kaufleute, mit klugen, wartenden Gesichtern.

In den „Footing Shops“, den Restaurants, stoßern sie plappernd mit ihren Stäbchen im heißen Reis. In den Seiden-Stores rollen sie eifertig den Crêpe de Chine vor den unerbittlichen Augen der amerikanischen Ladies. In den Kram- und Kunstlöden lassen sie vorsichtig prüfend die kleinen Bronzeplastiken der Dichtbauchbuddhas durch ihre Hände gleiten. Und immer ist es, als hätten sie bei allem was sie täten, ein Rächeln im Hintergrund. So, als wollten sie sagen: „Warte nur, bald kommen wir auch.“

Schanghai ist eine Mischung aus New York und alter chine- sischer Kultur. Also eine sehr merkwürdige Mischung. Ein Riktum von fortgeschrittenster Technik und jahrtausendalter Kindlichkeit. Ein Zentaur aus Auto, Schnellbahn und Pagode.

Die Chinesinnen gehen in großen weiten Hosen. Darüber tragen sie ein einfaches weißes Jäckchen. Die zierlichen Füßchen stecken in buntgefärbten Pantoffeln.

So marschieren sie lächelnd über die modernen Großstadtboule- vards und bieten den Amerikanerinnen, bei denen äußerste Bernäm- lichung noch immer große Mode ist, ein Paroli.

Reben der laufenden Fahrt der Motor Cars, an den Straßen- eden hocken die Kulis und drücken die Preise ihrer Bäder. Viel hat man uns erzählt vom Vogelstierstuppe und saulern Eierlatat, aber dieser Original-Chinese-Goulash schlägt jeden Rekord. Der Duft allein schlägt Armeen in die Flucht. Wer die Geheimnisse dieser Rattenbeine und Hundehaisers je lüftet, wird ewig schweigend bleiben. Dabei lachen die guten Burshen übers ganze Gesicht und grinsen vor Wohlbehagen. Sie klopfen sich betrieblig auf den Bauch und stoßen aus vollem Halse auf — was hier übrigens ein Zeichen guter Erziehung ist.

Sch war einmal bei einem Mandarin in Nordchina zum Diner eingeladen. Da war das Kuffstehen nach jedem der zahllosen Gänge obligatorisch. Man hatte uns vorher auf diese Höflichkeits- pflicht aufmerksam gemacht, und wir entledigten uns ihrer so gut wir konnten.

Schanghai ist die internationalste Stadt der Welt. Früher waren die europäischen Viertel, das „settlement“, von der eigentlichen Chinesenstadt streng getrennt. Die Chinesen-Lohn war mit einer Mauer umgeben, vor dem Eingangstor stand ein Schutzmann, und jeder Europäer, der den schützenden Bezirk des Settlements verlassen wollte, wurde vom Schutzmann gewarnt. Heute hat die strenge Scheidung aufgehört. Die Massen der Eingeborenen überfluten die Kolonien. Sie sind im Begriff, sich das Recht, das sie auf ihr eigenes Land haben, zu nehmen.

Aber das sind schwerwiegende Fragen, über die wir an anderer Stelle sprechen wollen. Der Krieg — das soll hier nur gesagt sein — hat die Stellung der Europäer in China und besonders die Stellung der Engländer sehr schwierig gemacht. Die alten Sünden der Kolo- nialisten beginnen sich zu rächen.

Schanghai bei Nacht bietet ein überwältigendes Bild. Hier ist das Kerzenlicht an Lichtverschwendung erreicht. Hier kann man in Wahrheit von einer „ville lumiére“ sprechen. Berlin ist dagegen eine mittlere Provinzstadt, eine Art Woddenburg oder Halle.

Alle großen Gebäude sind bis zur Spitze des obersten Daches mit Tausenden von Glühlampen besetzt. Dazwischen drehen sich und sprühen die grünen und roten Kreise der Reflektoren.

Von der Höhe aus sieht man die grell erleuchteten Straßen wie zahllose phosphoreszierende Röhren durcheinanderlaufen.

In den Dachgärten sitzen die Menschen, und der Lärm ihrer Stimmen mischt sich mit dem dumpfen Geräusch aus den Straßen zu einer fernern Brandung.

Ladenkloß ist hier unbekannt. Bis spät in die Nacht kann man ungehindert die zahllosen Stores und Shops betreten und wird immer überaus höfliche Verkäufer finden.

Das Warenhaus Wing-Du ist eine Sehenswürdigkeit für sich. Es ist selbstverständlich, daß man darin alles kaufen kann, was einem nur einfallen mag. Man kann es als Kuli betreten und als smarter Amerikaner verlassen. Man kann in Festkleidung eintreten und als ausgebildeter Trauerkloß in der Trauerkleidung jeder Na- tion und jeden Zeitalters mit dem Tided für den Friedhof in der Tasche daraus hervorgehen. Man kann hier einfach alles — natür-

Westarp.



Nun hat er die schwierigen Zollvorlagen,
Den Aufwertungs pudding, garniert mit Tiseln und Orden,
Und noch dazu die Opposition im Magen;
Und davon ist ihm jämmerlich schlecht geworden.
Nach der Hindenburg-Rausch hat seinen Kater,
Auch die schönste Seifenblase ist doch nur Schaum.
Ein großes Schweigen ist um den Landesvater.
O schöner deutscher nationaler Sommernachtsraum!

lich für blanke chinesische Dollar — haben. Ohne Koneten ist auch hier — und hier vielleicht mehr noch als anderswo, die Welt eine sehr bescheidene Angelegenheit.

In diesem Wunder-Warenhaus ist sogar eine Abteilung „Zoo- logischer Garten“. Darin gibts zwar keine Löwen, aber Affen, Hirsche und andere zahme Bestien, soviel das Herz begehrt.

Dann ist da die „New World“ — die neue Welt, ein Ver- gnügungsetablisement mit zahlreichen „Attraktionen und Sen- sationen“.

Man kann darin die Spielerei der Chinesen beobachten. Sie würden Kopf und Kragen verpielen, wenn die vorfahrende Polizei den Einsatz nicht auf — eine Schachtel Zigaretten beschränkt hätte.

Der Sonntagsausflug.

Von Hans Klabaulemann.

Am Sonnabend nachmittag 3.45 Uhr beschlossen wir, einen größeren Sonntagsausflug zu unternehmen. Wir legten uns am Abend bereits um 10 Uhr ins Bett, um schon in früher Morgen- stunde wohlausgeschlafen abwandern zu können. Es war das unsere einzige Vorbereitung. Diese Feststellung ist für das Verständ- nis des historischen Rückblicks wesentlich, den wir der hier nieder- gelegten Auseinandersetzung mit den Problemen der Zeit angehängt haben.

Entgegen unserer sonstigen Sonntagsgewohnheit, gegen 1 Uhr den Morgenkaffee zu uns zu nehmen, stunden wir in aller Herrgotts- frühe auf, so daß wir uns bereits um 11.30 Uhr morgens auf dem Wege zum Bahnhof befanden. Nobel, wie man Sonntags zu sein hat, stiegen wir in die 2. Klasse ein. Die Grenze der Aufnahme- schicklichkeit eines Eisenbahnabteils mühte nach theoretischen Erwägun- gen einmal erreicht werden. Aber auch hier siegte die praktische Er- fahrung über die Theorie. Was eben noch unmöglich schien, wurde auf der nächsten Station zu roher Wirklichkeit. Einer ging immer noch hinein. Wir hörten allmählich auf, Einzelwesen zu sein und bildeten nur mißförmige Brocken eines Menschenlumpens.

In Wannsee, wo wir den Dampfer nach Sakrow zu chartern gedachten, ergab sich zu unserem Erstaunen, daß dieser Gedanke nicht originell war. Ein Seemann hatte zwischen die Latzen der Anlegebrücke eine hoffnungslos große Menge von Menschen gelockt,

denen die Sehnsucht nach der Abgeschlossenheit verschwiegener Wasser- lustfahrten und stiller schliffmedelnder Buden unter den Hüten her- vorleuchtete. In Anbetracht unserer in der Eisenbahn deformierten Eingeweide benutzten wir unter Anwendung erheblicher Mehrkosten das Dampfboot, das in den Wogen des Kleinen Wannsees kreuzt und, wie wir leider erst an Bord merkten, gar nicht nach Sakrow fährt. Hier hatte die Reederei für uns Abgefärbte gefordert. Sie ließ immer zwei Dampfer fast gleichzeitig ab. Den einen füllte sie mit eiligen, heftig gestikulierenden Menschen bis zum Ueberlaufen; der andere fuhr einen Augenblick später ab, unzureichend besetzt mit Intellektuellen und anderen Zuspätkommern.

Die Glieder Brücke erreichten wir ohne Seekrankheit oder sonstige Anregungen. Ein erster Zwischenfall ereignete sich erst an der Glieder Küste selbst. Von hier aus führen bekanntlich zahlreiche Wege irgendwohin. Ueber diesen Punkt herrschte zwischen uns noch volle Einmütigkeit. Die Auseinandersetzung über den richtigen Weg verdichtete sich aber zu Feindseligkeiten. Wenn wir beide, meine Frau und ich, recht gehabt hätten, müßten zwei in entgegengesetzter Himmelsrichtung liegende Straßen nach Sakrow existieren. Dank dem prima Gezirpe der in der Gegend angesiedel- ten Nachtigallen einigten wir uns bald auf einen dritten Weg, der uns von einem garantiert Einheimischen empfohlen und übrigens auch falsch war. Einträchtig pilgerten wir an den romantischen Er- findungen von Hohenzollernfürsten vorbei, an der Havel, an ver- witterten Zuffschloßern und abgeblühten Rokokostanien.

Bisfölich wurde aus mäßigen Männerbrüsten die Frage erneut aufgeworfen, wer den schönen Wald so hoch da droben aufgebaut habe. Ohne uns der Hoffnung hinzugeben, die laut Zimmernden durch eindeutige Klärung der Frage beruhigen zu können, drehten wir kurz steuerbordwärts ab und erreichten dadurch eine restauran- tbestandene Bucht, die tatsächlich so aussah, wie sich „Sakrow“ an- hört. Später stellten wir dann einwandfrei fest, daß die Bucht nicht Sakrow, sondern Moorlake war.

Um uns ein Ansehen zu verleihen, verlangte ich tönend die Speisekarte. „Das hat gar keinen Zweck“, meinte der Kellner. „Hal“ erwiderte ich sprunghaft. „Indem et bloß Hoppelppoppell jibbt“, sprach der Kellner. „Schön“, sagte ich, schnell gefaszt, „dann bringen Sie uns zwei Hoppelppoppell“, und spitzte mich auf was Besonderes. Die Hoppelppoppell entpuppten sich nachher als ganz ordi- näre Schweinechnigel. Rein Verhalten erwies sich in Anbetracht der listig vorenthaltenen Speisekarte als taktischer Fehler. Eine schnell aufgestellte Bilanz ergab nämlich erhebliche Passiven.

| Einnahmen | Ausgaben |
|-------------------------|----------------------------------|
| Tageverdienst . 7,08 M. | Eisenbahn 1,80 M. |
| | Dampfer 3,20 . |
| | 2 Hoppelppoppell 5,— . |
| | 2 Kaffeluchen mit Sahne 1,80 . |
| | 2 Rokka 1,80 . |
| Debetsaldo . . 7,17 M. | 10 Prog. für Bedienung . 0,85 . |
| | 14,26 M. |

Wir beschloßen demnach, für die nächsten Ausflüge die Erfah- rungen aus der verantwortungsbewußten guten alten Zeit auszu- nutzen.

Damals ging es nicht so leichtsinnig zu. Da wurden dieser weittragende Ereignisse gründlicher erwogen. Wochen vorher legte meine Mutter Kellneroute und Programm zurecht, machte einen Kostenanschlag und beriet mit gereizten Verwandten und mit weit- erfahrener Menschen aus dem Bekanntschafts- und der Nachbarschaft die Proviantierungsfrage. Das Familienleben bekam dadurch einen festen Inhalt. Die oberflächliche Jugend erfuhr den Ernst des Da- seinszwecks. Wir Kinder verfolgten sorgfältig die Wetternachrichten und Hoffnungen und Zweifel rüttelten an unseren Seelen. Nicht Tage vor dem projektierten Ausflug wurde der Kuchen gebacken, ein Geschehnis, das wir mit ehrfürchtiger Scheu betrachteten, sofern es kein Pulverfuchen war. Der gelang immer. Wohingegen Heft- luchen ein wogehalliges, unsicheres Unternehmen war, dessen Erfolg niemand vorhersehen konnte. Wenn dann die Buletten, das ewig gleichbleibende Ergebnis der Beratungen über die Verproviantie- rung, auf der Pflanze schmurzelten, wußten wir, daß die Mutter den Entschluß nicht umgeworfen hätte. Der nächste Tag mußte die Landpartie bringen. Vorausgelegt, daß es nicht regnete. Wenn dieser Fall entgegen allen vorsichtigen Berechnungen eintrat, be- herrschte uns Wehmut und Trauer. Die Mutter aber verzweifelte. Ihre Gedanken waren von dem plötzlich eingetretenen Ueberfluß an Buletten und ihrer praktischen Wertbarkeit ausgefüllt.

Um zwei Mark.

Von Kurt Kaiser-Blüth.

„Aber hören Sie, so ein Geschwafel um zwei Mark?!“
„Was recht ist, muß recht bleiben, Herr Gerichtsrat, und wenn's um einen Groschen geht.“

Der Richter im Moabit,er Schöffengerichtssaal lächelt etwas ge- reizt und lauerfüß.

Der Amtsanwalt vertieft sich voll Ingrim in die Akten.
Das Rächeln scheint düstere Vorbedeutung. Und die Altenwut des Amtsanwalts ist Sturmansjare.

Um zwei deutsche Reichsmark, die man ihm per Strafmandat diktizierte, will der Kaufmann Körnel Himmel und Hölle und den Obergewaltmeister Börnecke nebst feierlichem Eid in Bewegung setzen.

Er protestierte, und der Fall kommt zur Verhandlung.
Es ist ihm etwas passiert. Was Rechtliches. Mit Alkohol fings an, und mit dem Ueberfallkommando hörte es auf.

Der Malermeister Henkel ist ein ganz umgänglicher Mann, hat zwei Gefellen in Arbeit, vier Kinder und eine Frau.

Aber der Körnel kann ihn nicht sehen. Und mit Alkohol im Leibe erst recht nicht.

Man trifft sich, gärender Säfte voll, des Nachts beim Heim- schwanken im Hausflur. Nach kurzem, geistigem Ringen greift jeder zur Maulschelle. Bilder Kärm. Empörte Hausbewohner sprühen aus allen Türen hervor. Das Ueberfallkommando wird alarmiert, erscheint. Er scheint in einer solch rasenden Eile, als ob es zwei Massenmörder zu fassen gäbe. Und nun springt der un- glückselige Körnel, Sieger im ersten Match, gegen das Schupo- auto an.

Kraffell, daß die Straße erbebt. Beschimpft die Uniformierten, die ob eines solchen Begners verduzt sind.

Dann besinnen sich die Ordnungshüter auf den Beleidigungs- paragrafen. Körnel wird in einem Wirtshaus, in das er flüchtet, gestellt.

Und das ganze Vergnügen für nur zwei Mark! — — — — —

Körnel, nimm es mir nicht übel, aber du bist ein Rindvieh!

„Sie konnten heilfroß sein, mit einer so ungewöhnlich milden Strafe davonzukommen“, sagt der Amtsanwalt.

„Zwei Mark waren es“, dies mit scharf akzentuierter Be- tenung.

„Ich beantrage zwanzig Mark.“

Körnel blickt ganz verstört.

„Das kann unmöglich stimmen, ich weiß ja noch gar nichts.“

Schon möglich, guter Körnel. Alkohol ist ein Letzetrunk. Doch nur für dich. Nicht für die anderen.

Küßlehn Mark. —

Er will sich nicht beruhigen. Ist, ganz wie bei der Duesbüre, im Innersten empört.

„Und wenn ich alle Instanzen durchlaufe!“

— Solche Körnels sind eben unbelehrbar.

